

01) Ferdinand Gregorovius in seinem Jahrhundert. Der Historiker und Schriftsteller neu gelesen. Internationale Tagung aus Anlass der Edition der Briefe und des 200. Geburtstages

digital (Rom)

Veranstalter

Angela Steinsiek, Deutsches Historisches Institut in Rom, Berlin

14.10.2021 - 15.10.2021

Von

Pascal Oswald, Historisches Institut, Universität des Saarlandes

Ferdinand Gregorovius (1821-1891), berühmt u.a. für seine „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter“ und seine „Wanderjahre in Italien“, widmete das Deutsche Historische Institut in Rom bereits 1991 eine wissenschaftliche Tagung.^[1] Dreißig Jahre später organisierte es anlässlich des 200. Geburtstags von Gregorovius und der Neuedition seiner Briefe^[2] eine hochkarätig besetzte internationale Tagung mit dem Anspruch, den Historiker und Schriftsteller neu zu lesen. Nach der Begrüßung durch den Institutsdirektor Martin Baumeister (Rom) führte ANGELA STEINSIEK (Berlin), die Projektleiterin der Edition der bis dahin größtenteils unveröffentlichten Briefe und verantwortliche Organisatorin der Tagung, in das Denken des Historikers und Schriftstellers ein und verortete ihn neu in der Historiographie des 19. Jahrhunderts.

JÖRG HÖRNSCHEMEYER (Rom) erläuterte den komplexen technischen Aufbau der *born digital edition*, in der bislang 760 Briefe transkribiert, digital erschlossen und umfassend kommentiert vorliegen. Bis zum Projektabschluss sollen etwa 1.000 der bis anhin insgesamt gut 3.200 aus 50 nationalen und internationalen Archiven nachgewiesenen Schreiben von und an Gregorovius ediert werden.

In seinem Vortrag über Gregorovius und das Judentum beschäftigte sich GÜNTHER WASSILOWSKY (Berlin) zunächst mit dem Essay „Der Ghetto und die Juden in Rom“ (1853). Dessen historischer Teil zeichne sich durch die verdienstvolle Beschreibung eines in den frühmittelalterlichen Papstquellen *representatio legis* genannten Rituals im Rahmen des *possesso* aus, das Gregorovius irrig als Demütigung der jüdischen Gemeinde deute. Bei seiner ethnographischen Darstellung des Ghettos, oszillierend zwischen Empathie für das soziale Elend der Juden und Abscheu, habe Gregorovius die historischen Bedingungen ignoriert und stattdessen das Wesen der Juden selbst für ihre Situation mitverantwortlich gemacht. Gleichwohl habe er die fundamentale Prägung des Christentums durch das Judentum betont. Insgesamt sei der von verschiedenen Interessengruppen rezipierte Text einerseits von Wertschätzung der kulturellen Leistungen des Judentums, andererseits von antijüdischen Stereotypen geprägt. Am Beispiel eines Briefes an Raffaele Mariano (1880) und eines öffentlichen Schreibens an Isidor Singer (1884) veranschaulichte Wassilowsky die den frühen Text differenzierende Haltung des nunmehr zum Historiker gereiften Schriftstellers Gregorovius zum Judentum, auch im Kontext des Berliner Antisemitismustreits.

Die bislang marginalisierte Gretchenfrage nach Gregorovius' Interpretation des Katholizismus, so die Ausgangsthese von MARTIN BAUMEISTER (Rom), rühre an den

Kern des Weltbilds und Selbstverständnisses des Historikers und protestantischen Theologen. Anhand früher Briefe zeige sich, dass Franz Xaver Kraus' Charakterisierung des Verhältnisses von Gregorovius zum Christentum als ein „rein negatives“ zu kurz greife. Seine Darstellung katholischer Volksfrömmigkeit in den „Wanderjahren“ sei von einer Mischung aus Faszination und Ablehnung geprägt und changiere zwischen Infantilisierung und ästhetischer Stilisierung, die im Falle der Madonnenwallfahrt von Genazzano nicht frei von erotischen und orientalisierenden Elementen sei. Gregorovius' Ablehnung des *dominium temporale* habe sich bereits während der Revolutionsjahre in seinen Leitartikeln der „Königsberger Zeitung“ manifestiert. Während er sich in Italien mit öffentlichen Äußerungen über den Katholizismus zurückhielt, bieten Tagebuch und Korrespondenzen Einblicke in sein Verhältnis zur katholischen Kirche und deren Dogmen. In einem Artikel „Der Sturz des Papstthums in Rom“ (1871) begrüßte er das Ende des Kirchenstaates als „Untergang der geschworenen Feindin der modernen Freiheit und Civilisation“ – ähnlich auch am Ende des letzten Bandes seiner „Geschichte der Stadt Rom“. Mit dem Fall des *dominium temporale* habe Rom seine kosmopolitische Bedeutung verloren. In Gregorovius' Fortschrittsglauben mischten sich jedoch bald skeptische Töne.

SIMON STRAUß (Berlin) veranschaulichte in seinem biographischen Vergleich das Verhältnis von Gregorovius und Theodor Mommsen. Während die bisherige, überschaubare beziehungsgeschichtliche Forschung Mommsen lediglich als „Antipoden“ von Gregorovius charakterisiere, machte Strauß zahlreiche Parallelen in der Biographie der nationalliberalen und protestantischen Historiker aus. Beide begannen in jungen Jahren als Dichter, arbeiteten als Hauslehrer und setzten als Journalisten große Hoffnungen in die Märzrevolution. Danach beschritten beide jedoch unterschiedliche Wege: Mommsen, bereits 1844 mit einem Reisestipendium in Italien, um dort Inschriften aufzunehmen, wurde 1848 Professor der Rechte – während Gregorovius 1852 als enttäuschter Revolutionär ohne einen Plan nach Italien floh und dort für mehr als zwanzig Jahre blieb. Für Mommsen, der seine „Römische Geschichte“ – anders als Gregorovius seine „Geschichte der Stadt Rom“ – überwiegend in Zürich verfasste, sei die Quelle passiv und der Forscher aktiv, für Gregorovius habe das Studium der Quelle auch den Beobachter verändert. Beiden wurde vorgeworfen, zu journalistisch zu schreiben. In späteren Jahren sei Mommsen aber immer mehr zum systemtreuen Historiker geworden, der Inschriften sammelte, quellengesättigte Spezialstudien vorlegte und staatsrechtliche Zusammenhänge analysierte, während Gregorovius lebenslang seine wissenschaftliche Unabhängigkeit wahrte.

MARKUS BERNAUER (Berlin) deutete Gregorovius' Erzählung von Cola di Rienzo aus dem sechsten Band der „Geschichte der Stadt Rom“ (1867), als „Roman eines politischen Romantikers, zurückversetzt ins Mittelalter“. Er ordnete seine Darstellung in die Cola-Rezeption vom „Anonimo Romano“ über Gibbon, Ludwig Ferdinand Huber bis hin zu Byron, Edward Bulwer-Lytton und Heine ein. Auch Gregorovius streife die epische Fiktion, wenn er eine erste mögliche Begegnung Colas und Petrarcas 1337 beschreibe, und in der Schilderung des Bades Colas in der Wanne Konstantins manifestiere sich sein romanhaftes Interesse an Psychologie; die Wirkung Colas sei die eines „Komödianten“, zugleich bezeichne Gregorovius seinen Protagonisten jedoch als „Demagogen“, womit er ihm eine ähnliche Kraft wie der nationalen Studentenschaft des 19. Jahrhunderts oder den Carbonari zuschreibe. Die Abneigung, die Gregorovius in seinen Briefen gegen die politische Romantik in der Nachfolge etwa Byrons und Shelleys – also auch die Jungdeutschen – äußert, projiziert er auf Cola, den er den „in die Politik verirrt[e]n größten[e]n Poet[e]n seiner Zeit nennt. An dieser Stelle griff Bernauer auf Gadamer zurück: Gregorovius lese in der Nachfolge Droysens Cola mit Absicht von seinem „modernen“ Standpunkt aus,

hermeneutisch auf die historische Figur zugehend, und so, literarisch, müsse man auch seine Erzählung lesen: Für einen Leser nach Stalin und Hitler mute sie nicht mittelalterlich an und angesichts des politischen Populismus habe sie bis heute Relevanz.

In ihrem Vortrag über Gregorovius und Richard Wagner konstatierte ANGELA STEINSIEK (Berlin), dass beide Autoren die Überzeugung hatten, das eigene Werk würde von nationalem Interesse sein. Ihre etwa zeitgleiche Beschäftigung mit Hegel führte indes zu völlig unterschiedlichen Resultaten: Während Gregorovius die Geschichtsphilosophie als „spekulative Gymnastik“ bezeichnete, da er in der und nicht über die Geschichte denken wollte, wandte sich Wagner unter Berufung auf Schopenhauer bald der reinen Kunst und dem Mythos zu. Gregorovius, dessen Jugendfreund Louis Köhler zu einem der ersten Wagneranhänger gehörte, sah in der Wagnerschen Oper eine fehlgeleitete Sakralisierung der Kunst und einen auf die Spitze getriebenen Nationalismus. Wagners Vision, durch die Kunstform Oper eine gesellschaftliche Revolution herbeizuführen, habe dem Historiker abstrus erscheinen müssen. Die ahistorischen Opernstoffe Wagners sowie die Remythisierung der Gesellschaft durch eine auf die antike Aufführungspraxis zurückgreifende Festspielidee stünden geradezu im Gegensatz zum aufklärerischen Impetus des auch kulturpolitisch aktiven Historikers. Die patriotischen, antifranzösischen Töne von Gregorovius zu Beginn des Deutsch-Französischen Kriegs unterschieden sich grundsätzlich von denen Wagners, für den das Niederbrennen von Paris Voraussetzung für den Aufbruch Europas in die Moderne war; Gregorovius hingegen sah die Gefahr einer Demütigung Frankreichs schon lange vor Kriegsende.

In einem Brief vom 22. Dezember 1876 traf Gregorovius ein ungünstiges Urteil über Felix Dahns soeben erschienenen Roman „Ein Kampf um Rom“. Dahn seinerseits lobte in einer 1859 im „Deutschen Museum“ veröffentlichten Rezension des ersten Bandes der „Geschichte der Stadt Rom“ die kunstvolle Darstellung und die Relativierung der Plünderung Roms durch Alarichs Westgoten 410, kritisierte jedoch dessen idealisierende Schilderung der Gotenkönige Theoderich und Amalasantha. Einen grundlegenden Unterschied zwischen den beiden Historikern sah ROMAN LACH (Daegu) darin, dass sich für Gregorovius gute Herrschaft am Erhalt der Bauten festmache, die Dahn für gänzlich uninteressant gehalten habe: Im Gegensatz zu Gregorovius habe Dahn die von Prokop überlieferte Episode, in der die Römer bei der Verteidigung ihrer Stadt antike Statuen auf die angreifenden Goten hinabwarfen, positiv gedeutet. Mit seinem martialischen, Gregorovius gewidmeten Gedicht „Der Leichenzug Ottos III.“ habe Dahn ihm, der in Otto das Ideal eines römischen Herrschers sah, schließlich eine Lehre erteilen wollen.

Am Folgetag untersuchte UWE LUDWIG (Duisburg-Essen) die Darstellung der Romzüge Pippins, Ottos I. und Friedrichs I. in der „Geschichte der Stadt Rom“. Dabei arbeitete er drei Interpretationsprinzipien von Gregorovius' heraus: die Idee des Nationalstaats, die Ablehnung des *dominium temporale* und die Idee der bürgerlichen Freiheit, die der Historiker in den hochmittelalterlichen Kommunen verwirklicht sah. Die Pippinsche Schenkung verurteilte Gregorovius, da sie die Einheit Italiens langfristig unmöglich gemacht und die Verweltlichung des Papsttums bewirkt habe. Für die Ablehnung des Rombesuchs Ottos 951 machte er nicht den damaligen Papst Agapit II., sondern den bedeutenden römischen Fürsten Alberich II. verantwortlich. Gregorovius' positivem Otto-Bild, dessen Romfeldzug er nicht wie Heinrich von Sybel in dessen freilich zeitgebundenen Kontroverse mit Julius Ficker als Beginn eines Irrwegs ansah, stehe ein distanzierteres Bild Barbarossas gegenüber, in dessen Auseinandersetzung mit dem oberitalienischen Lombardenbund die Sympathien Gregorovius' eindeutig letzterem gehört hätten. Die Auslieferung Arnolds von Brescia, den er als Propheten der nationalen Einigung sah, an den Papst verurteilte Gregorovius.

HELMUTH MOJEM (Marbach) zeichnete den Gang der Verhandlungen zwischen Gregorovius und dem Seniorverleger Johann Georg von Cotta nach. Gregorovius kam zum Verlag Schillers und Goethes über die „Allgemeine Zeitung“, in der er 1852 seine Reisebeschreibungen über Korsika veröffentlichte. Seine originelle Argumentationsstrategie im Brief an Cotta vom 9. April 1853 hatte Erfolg, der dessen Buchmanuskript „Corsica“ annahm. Den ersten Band der „Wanderjahre“ lehnte Cotta hingegen unter Verweis auf die schlechten Verkaufszahlen von „Corsica“ ab, sodass sich der verstimmt Autor zunächst an Brockhaus wandte und den Kontakt zu Cotta erst wieder aufnahm, nachdem der Leipziger Verlag seine „Geschichte der Stadt Rom“ zurückgewiesen hatte. Cotta zeigte sich angetan von der Thematik und war zudem an möglichen eigenen korsischen Familienvorfahren im Mittelalter interessiert, dem Mailänder Erlembaldo Cotta und dem Korsen Gianantonio, über die Gregorovius bereitwillig Nachforschungen anstellte und die er in seine „Geschichte der Stadt Rom“ aufnahm. Trotz einer anfänglichen Taktlosigkeit Cottas, dem zufolge der Höhepunkt historischen Schreibens mit Rankes französischer Geschichte erreicht worden sei, wurde mit diesen Werken eine vierzigjährige Verlagsbeziehung begründet.

Als Gregorovius 1852 nach Rom kam, gab es nur zwei regelmäßig öffentlich zugängliche Bibliotheken, die Casanatense und die Angelica. Während die ersten beiden Bände der „Geschichte der Stadt Rom“ noch überwiegend auf historiographischen Werken und gedruckten Quellen beruhten, erläuterte ALBERTO FORNI (Rom) ausführlich, wie sich Gregorovius durch zahlreiche persönliche Kontakte zu Archivaren und Historikern nach und nach Zugang zu den meisten Archiven und Bibliotheken Italiens verschaffte und welche wichtigen Dokumente er dort entdeckte. 1858 war Gregorovius in Florenz in der Laurenziana und Magliabechiana; 1859 erhielt er den wichtigen Zugang zur Biblioteca Vaticana; in den 1860er-Jahren erweiterte er schließlich den Horizont seiner Forschungen durch zahlreiche Archiv- und Bibliotheksreisen etwa nach Turin, Venedig, die Städte der Emilia-Romagna, Umbriens und der Sabina, Orvieto und Neapel.

KATHARINA WEIGER (Florenz) behandelte das Verhältnis von Gregorovius zum Ehepaar Gozzadini. Deren Wintersitz in der südlich von Bologna gelegenen Villa Ronzano wurde für Gregorovius zu einem Sehnsuchtsort und Treffpunkt mit namhaften Intellektuellen. Die Referentin führte in die Biographie des Archäologen und Lokalhistorikers Giovanni Gozzadini und seiner Frau Maria Teresa ein, die Gregorovius 1845 über deren Cousin kennenlernte, den Danteforscher Paolo Perez, bevor sie die komplexe Archivgeschichte des bedeutenden Briefkonvoluts nachzeichnete. Insbesondere die drei Jahrzehnte umfassende Korrespondenz mit der Gräfin war von gegenseitiger Wertschätzung und freundschaftlichem Umgang geprägt; für einige Verstimmung sorgte jedoch 1882 die unautorisierte Veröffentlichung ausgewählter Briefe von Gregorovius durch den Grafen in einer Gedenkschrift für die im Jahr zuvor verstorbene Gräfin.

PATRICK BAHNERS (Köln) sprach über die beiden Fassungen von Gregorovius' Hadrian-Buch und den Einfluss Jacob Burckhardts. Insbesondere ging er auf die unterschiedliche Darstellung der Hadriansvilla bei Tivoli in Burckhardts „Cicerone“ und bei Gregorovius ein. Gregorovius' Interpretation der entsprechenden Quellen der „Historia Augusta“, dass Hadrian kulturgeschichtliche Monumente habe vergegenwärtigen lassen, sei dabei weit entfernt von dem an einen antiken Erlebnispark erinnernden „Katalog architektonischer Miniaturen“, den Burckhardt entwerfe.

Im Nachgang seines ersten Florenz-Aufenthalt 1852 schrieb Gregorovius zwei Aufsätze über San Marco und die öffentlichen Monumente in Florenz; auch während der späten

1850er- und 1860er-Jahre hielt er sich für längere Archivarbeiten in der Arnostadt auf, während sie ihm danach nur Durchgangsstation auf seinen Reisen war. Bei seinem Aufenthalt im Hause des Ehepaars Sabatier 1858 lernte Gregorovius zahlreiche wichtige Persönlichkeiten kennen. ANNA MARIA VOICI (Rom) stellte die so verschieden gearteten Beziehungen von Gregorovius zu Pasquale Villari, Michele Amari, Theodor Heyse, Alfred von Reumont und Karl Hillebrand dar. Im Gegensatz zum Umbau Roms nach 1871 störte sich Gregorovius an der Umgestaltung des Stadtbilds von Florenz ab 1865 nicht. Sein Verhältnis zu Florenz war letztlich, wie Voci aus seinen Briefen schloss, ein ambivalentes: Jenseits des Topos vom „Athen Italiens“, das in seinem historiographischen Werk durchscheint, war Gregorovius – anders als Goethe – auch persönlich von der bürgerlichen Liberalität und Schönheit der Stadt begeistert; und doch habe ihm die weltgeschichtliche Aura Roms gefehlt.

Die interdisziplinäre Tagung, von der ein Mitschnitt auf dem L.I.S.A. Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung zur Verfügung gestellt werden wird, warf Schlaglichter auf höchst verschiedene, innovative Themen im Werk von Gregorovius vor dem Hintergrund seiner weitgehend unbekanntem Briefe. Der Tagungsband wird die noch überschaubare Gregorovius-Literatur um ein Standardwerk erweitern. Es bleibt zu hoffen, dass die umfangreich kommentierte Briefedition zu weiteren Studien über den vielschichtigen und bis heute aktuellen Historiker, Schriftsteller und kulturpolitisch aktiven Gelehrten anregt, insbesondere zu seiner Rolle als Journalist oder als Beobachter des politischen Zeitgeschehens und seinem Verhältnis zur Moderne.

Konferenzübersicht:

Martin Baumeister (Direktor, Deutsches Historisches Institut in Rom): Begrüßung

Angela Steinsiek (Projektleiterin, Deutsches Historisches Institut in Rom, Berlin): Einführung

Jörg Hörnschemeyer (Deutsches Historisches Institut in Rom): „Ich war sehr tätig – das ist die beste Neuigkeit von mir“. Die digitale Edition der Briefe von Ferdinand Gregorovius

Günther Wassilowsky (Humboldt-Universität zu Berlin): Ferdinand Gregorovius und das Judentum

Martin Baumeister (Deutsches Historisches Institut in Rom): „Die Epoche des Mittelalters ist abgelaufen; die neue Zeit schlägt Wurzel“. Ferdinand Gregorovius blickt auf den Katholizismus

Simon Strauß (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Berlin): Ferdinand Gregorovius und Theodor Mommsen

Markus Bernauer (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften): Der in die Politik verirrte Poet. Gregorovius' Erzählung von Cola di Rienzo in der „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter“

Angela Steinsiek (Deutsches Historisches Institut in Rom, Berlin): Die deutsche Sendung. Ferdinand Gregorovius und Richard Wagner

Roman Lach (Keimyung University, Daegu): Ferdinand Gregorovius und Felix Dahn. Die Krise des historischen Erzählens

Seite 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 806 vom 16.12.2021

Uwe Ludwig (Universität Duisburg-Essen): Die Romzüge der deutschen Herrscher in der „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter“

Helmuth Mojem (Deutsches Literaturarchiv Marbach): Geschichte der Familie Cotta im Mittelalter. Zum Gang der Verlagsverhandlungen zwischen Ferdinand Gregorovius und der J.G. Cotta'schen Buchhandlung

Alberto Forni (Rom): Ferdinand Gregorovius als Forscher in italienischen Archiven und Bibliotheken

Katharina Weiger (Kunsthistorisches Institut in Florenz): „Mentre loro godono le tiepide aure di Ronzano, noi altri ...“ Ferdinand Gregorovius in seinen Briefen an Giovanni Gozzadini

Patrick Bahners (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Köln): Die Kultur der Renaissance im Italien der Kaiserzeit: Die beiden Fassungen des Hadrian-Buches von Ferdinand Gregorovius und der Einfluss Jacob Burckhardts

Anna Maria Voci (Rom): Ferdinand Gregorovius in Florenz

Anmerkungen:

[1] Vgl. Arnold Esch / Jens Petersen (Hrsg.), Ferdinand Gregorovius und Italien. Eine kritische Würdigung, Tübingen 1993.

[2] Vgl. Ferdinand Gregorovius. Poesie und Wissenschaft. Gesammelte deutsche und italienische Briefe (digitale Edition), hrsg. von Angela Steinsiek, Deutsches Historisches Institut in Rom 2017-2023, URL: <https://gregorovius-edition.dhi-roma.it/> (16.10.2021).

Zitation

Tagungsbericht: Ferdinand Gregorovius in seinem Jahrhundert. Der Historiker und Schriftsteller neu gelesen. Internationale Tagung aus Anlass der Edition der Briefe und des 200. Geburtstages, 14.10.2021 – 15.10.2021 digital (Rom), in: H-Soz-Kult, 06.12.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9189.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) HT 2021: Wissenschaftliche Zeitschriften in der Krise?

hybrid (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Marcel Bubert, Historisches Seminar, Universität Münster

Zu Beginn der Diskussionsrunde führte der Organisator FRANK REXROTH (Göttingen) in die Thematik ein und erörterte Gründe, die sich für die Feststellung einer Krise der Zeitschriften anführen ließen. Während das Publizieren in wissenschaftlichen Zeitschriften

einst eine Strategie zügiger Veröffentlichung gewesen sei, habe sich die Situation in der digitalen Welt grundlegend geändert. Mit digitalen Formaten könne die gedruckte Zeitschrift in dieser Hinsicht nicht mehr mithalten. Damit einhergehend seien die Budgets zur Anschaffung von Zeitschriften in Bibliotheken zunehmend verringert worden. Schließlich habe sich besonders in Deutschland das Einwerben von Beiträgen als neuartiges Problem von Redaktionen ergeben, während man sich in anderen Wissenschaftskulturen mitunter vor Einreichungen kaum retten könne.

Das erste Statement wurde daraufhin von RUDOLF STICHWEH (Bonn) vorgetragen, der zunächst eine Soziologie der wissenschaftlichen Publikation entwarf. Die Publikation sei die wichtigste Form der Selbstorganisation des Wissenschaftssystems, insofern sie das zentrale Mittel der Partizipation an Systemoperationen darstelle. So wie die Wirtschaft aus Zahlungen und die Religion aus Opfergaben und Gebeten bestehe, so die Wissenschaft aus Publikationen. Dementsprechend würde die Inklusionsform der Wissenschaft anhand des Adressatenkreises der Publikation erkennbar: alle Leser seien auch potentielle Autor:innen. Dabei bewerkstellige die Praxis der Zitation eine Einheit von Information (über Inhalte) und Anerkennung der Ergebnisse anderer Forscher. Publikationen seien schließlich Medien von Innovationsversuchen sowie der Individualisierung des Erkenntnisgewinns.

Den Aspekt der Selbstorganisation des Wissenschaftssystems griff BARBARA STOLLBERG-RILINGER (Berlin) auf, die dabei den Unterschied zwischen Zeitschriften und Sammelbänden hervorhob. Sie bestätigte den Befund, dass besonders in Deutschland Schwierigkeiten bestünden, gute Beiträge für Zeitschriften zu gewinnen, während im Ausland mitunter eine Flut von Zeitschriftenpublikationen zu konstatieren sei. Sie warf die Frage auf, wie es dazu kommen konnte, wenn doch Zeitschriften eine so wichtige Rolle in der Selbstorganisation der Wissenschaften spielten. Für Stollberg-Rilinger hängt dies in maßgeblicher Weise mit dem System der Drittmittelforschung zusammen: Drittmittelprojekte würden die Publikation von Sammelbänden forcieren, da die Produktivität der Projekte primär auf diesem Wege nachweisen würde. Dabei sei jedoch festzustellen, dass die Beiträger häufig nur das reproduzierten, was sie bereits in anderen Veröffentlichungen, vor allem den Qualifikationsschriften, ausgeführt hätten. Da jedoch sowohl die Herausgeber als auch die Verlage gleichermaßen ein Interesse an der Publikation haben, werde die Produktion von Sammelbänden unumgänglich, wodurch die Zeitschriften auf der Strecke blieben. Gleichzeitig werde der quantitative Publikationsdruck auf Nachwuchswissenschaftler durch dieses System erhöht.

Der Situation in Deutschland stellte JULIA HILLNER (Bonn) die Lage in Großbritannien gegenüber. Dort sei das System der Forschungsevaluation sehr ausgeprägt, in dem Veröffentlichungen zur Lektüre durch ein Gremium eingereicht werden müssten. Da es sich dabei vor allem um Zeitschriftenartikel handele, würde die Publikationspraxis für Zeitschriften stark befördert. Das Peer Review-Verfahren würde wiederum dadurch gestärkt, dass die Gutachtertätigkeit vorteilhaft für den Lebenslauf sei. Gerade aufgrund der zahlreichen Beiträge, die eingereicht würden, sei das Verfahren jedoch sehr langwierig geworden. Ein zentrales Diskussionsthema sei zudem inzwischen die *Diversity* der Beiträger. Hier gebe es starke Bestrebungen, nicht nur weiße und männliche Autoren zu finden. Gleichwohl seien weibliche Autorinnen nach wie vor in der Minderheit. Nicht anglophone Beiträge in den anglophonen Zeitschriften würden schließlich oft aufgrund mangelnder Sprachkompetenz sowie aufgrund verschiedener Vorstellungen über Standards der Argumentation und Evidenzproduktion abgelehnt.

Die Perspektive des wissenschaftlichen Nachwuchses wurde durch JAN-HENDRYK DE BOER (Duisburg-Essen) vertreten, der zunächst der Einschätzung von Barbara Stollberg-

Rilinger zustimmte: Als Nachwuchswissenschaftler:in habe man kaum Zeit für Zeitschriftenartikel, weil man permanent mit der Produktion von Sammelbandbeiträgen befasst sei. De Boer skizzierte daraufhin mögliche Alternativen zu Sammelbänden. Diese könnten etwa in kollaborativen Aufsätzen bestehen, die von den Tagungsteilnehmer gemeinsam verfasst werden. Da dieses Format weniger Zeit und Aufwand erfordert, wäre es geeignet, Ressourcen freizusetzen. Wie de Boer ausführte, stünden gerade Nachwuchswissenschaftler einerseits unter enormem Druck, hätten aber gleichzeitig andererseits keinerlei Einfluss auf die Regeln und Abläufe des Systems. Besonders in frühen Karrierephasen würden die Regeln noch gar nicht durchschaut. Eine Partizipation von Nachwuchswissenschaftler würde hingegen zu einer Veränderung der Machtverhältnisse führen. Wissenschaft sei zudem in jüngerer Zeit stark monologisch geworden. Nur bekannte Autoren würden zur Kenntnis genommen, während jüngere Wissenschaftler meist kaum oder stark verspätet rezipiert würden. Auch Zeitschriften seien nicht dialogisch aufgebaut. Es gebe jedoch durch die Digitalisierung Optionen, Zeitschriften als Debattenorte wiederzuentdecken, indem Reaktionsmöglichkeiten geschaffen würden, um von einer monologischen zu einer stärker dialogisch strukturierten Wissenschaft zu kommen.

Die Perspektive der Verlage wurde schließlich von MARTIN RETHMEIER (München) vertreten. Wie Rethmeier konstatierte, bestehe seit ca. 15 Jahren eine neuartige Krise. Die Rolle der Zeitschriften habe sich durch die Digitalisierung stark verändert, da sie von einer Vielzahl anderer Publikationsmöglichkeiten flankiert würden. Dabei würden die Aufgaben der Zeitschriften zunehmend von anderen Formaten übernommen, die sich durch größere Geschwindigkeit auszeichnen. Die Zahl der Subskriptionen sei bei Zeitschriften stark rückläufig, was durch Online-Abonnements nicht zu kompensieren sei. Rethmeier zufolge müssten die Verlage offen für neue Foren und Formen sein. Eine Diskussion über eine Erneuerung der Zeitschriften sei bereits im Gange, bei der es auch um eine stärker dialogische Gestaltung gehe. Dieser Prozess sei jedoch von langer Dauer. Die Verlage sollten darauf achten, wie Rethmeier abschließend forderte, aktive Akteure und nicht Getriebene in diesem Prozess zu sein.

In der anschließenden Diskussion wurden erneut die Unterschiede zwischen Zeitschriften und Sammelbänden zur Sprache gebracht. Wie Barbara Stollberg-Rilinger betonte, würden innovative Forschungsergebnisse aufgrund der höheren Qualitätsstandards eher in Zeitschriften veröffentlicht. Julia Hillner warf daraufhin die Frage auf, ob das Peer-Review-System auch für Sammelbände eingeführt werden sollte. Stollberg-Rilinger hielt entgegen, dass dies nicht den Interessen der Beteiligten entsprechen würde. Zeitschriften sollten vielmehr proaktiv Forschungsüberblicke in Auftrag geben, da niemand mehr Zeit habe, die Flut von Sammelbänden zu rezipieren. Zudem stelle die Vorgabe der DFG, bei Anträgen nur zehn oder fünf wichtige Publikationen zu nennen, einen wichtigen Schritt von der Quantität zur Qualität von Veröffentlichungen dar. Julia Hillner bestätigte, dass auch in Großbritannien Misstrauen gegenüber dem Peer-Review-Verfahren bei Sammelbänden herrsche. In Journals würde die Politik der Peer-Review offengelegt (Double Blind-Verfahren etc.), während dies bei Sammelbänden undurchsichtig bleibe. Martin Rethmeier wies hingegen darauf hin, dass es Peer-Review sehr wohl auch bei Sammelbänden gebe, nämlich durch die Herausgeber und durch die Verlage. Aber es sei dabei natürlich schwieriger, Beiträge auszusortieren und abzulehnen. Es gebe allerdings durchaus auch ein Bestreben seitens der Verlage, von Sammelbänden wegzukommen, da diese von den Bibliotheken meist nicht angeschafft würden. Daraus ergebe sich für die Verlage ein grundsätzliches Problem: Die Verlage müssten eine gewisse Menge an Publikationen anbieten, um Programmplätze zu füllen, was zur bereitwilligen Annahme von Sammelbänden führe – verkauft würden diese jedoch kaum.

Jan-Hendryk de Boer warb daraufhin erneut für kollaborative Aufsätze als Alternative zum Sammelband. Hierfür gebe es Vorbilder in anderen Wissenschaftskulturen. Ein solches Format könne zur Auflockerung des konservativen deutschen Systems beitragen. Zudem unterstrich de Boer die Notwendigkeit, eine Debattenkultur in den Zeitschriften zu fördern. Themenhefte könnten dazu eine Möglichkeit sein. Bei diesem Format würde vorab ein Konzept verschickt, auf das die Autoren ihre Beiträge ausrichten, die anschließend von allen Beteiligten vor der Publikation diskutiert würden. Allerdings würde dieses Verfahren das (eher unbeliebte) Zirkulieren von unfertigen Manuskripten notwendig machen. Dennoch würde es dadurch möglich, Bezüge zwischen den Texten herzustellen und die kritischen Reaktionen der anderen Autoren zu berücksichtigen. Eine andere Option bestünde nach de Boer darin, in den Zeitschriften Reaktionsmöglichkeiten der Leser zu etablieren.

Im von TERESA SCHRÖDER-STAPPER (Duisburg-Essen) betreuten Chat wurde angemerkt, dass die Vorherrschaft und das Gewicht der Habilitationsschrift im deutschen System die Produktion von hochwertigen Zeitschriftenbeiträgen erschwere. Julia Hillner fügte dem hinzu, dass die Monographie in Großbritannien deutlich weniger zähle. Eine feste Stelle würde dort mitunter allein durch Zeitschriftenbeiträge erreicht. Barbara Stollberg-Rilinger hob hingegen hervor, dass es dabei gewichtige Unterschiede zwischen verschiedenen Disziplinen gebe: In der Geschichtswissenschaft gehe es um die Bewältigung großen empirischen Quellenmaterials. Dazu aber sei das Buch als Format notwendig. Große Quellenbestände seien in Aufsätzen nicht zu bewältigen. Frank Rexroth unterstrich die unterschiedlichen Kriterien der Wissenschafts- und Fachkulturen. Diese könnten mitunter dazu führen, dass Leistungen in anderen Systemen bei Bewerbungen nicht entsprechend gewürdigt würden. Eine Kommission könnte etwa Wert auf große empirische Studien legen. Der Druck auf Promovierende, möglichst früh Aufsätze zu publizieren, könnte hingegen auch zu Schnellschüssen führen.

Gegen Ende der Diskussion kam Barbara Stollberg-Rilinger erneut auf das Verhältnis von Printmedien und digitalen Formaten zu sprechen, indem sie auf die Konkurrenz der gedruckten Publikationen mit digitalen Blogs verwies. Ausgehend von der Beobachtung, dass bei Blogs oder auch Wikipedia bislang deutlich weniger „Gate Keeping“ auszumachen sei, warf sie die Frage auf, inwieweit es zu einer Entdifferenzierung führen könnte, wenn Blogs nun auch strengere Kontrollen und Standards etablierten. Im Hinblick auf die eingangs von Rudolf Stichweh erörterte Rolle von wissenschaftlichen Publikationen als primären Medien der Operationen des Wissenschaftssystems könnte eine solche Entwicklung eine Aufweichung der Grenzen der Wissenschaft bewirken. Rudolf Stichweh entgegnete, dass er eine derartige Tendenz zur Entdifferenzierung nicht sehe. Bei digitalen Formaten würde die Qualitätskontrolle auf anderem Wege, nämlich durch die Leser bewerkstelligt. Jeder könne publizieren, auf die Gefahr hin sich zu blamieren. Nach Frank Rexroth setzt dies gleichwohl eine grundlegende Vorsortierung von Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft voraus, die eine solche Differenz stabilisiere. Eine Verwischung dieser Grenze könne hingegen weitreichende Folgen haben.

Die wichtigsten Aspekte des gemeinsamen Gesprächs wurden abschließend durch den Organisator und die Diskussionsteilnehmer zusammengefasst. Dabei wurden die Unterschiede zwischen verschiedenen Wissenschaftskulturen, die Herausforderungen der Digitalisierung, die Verhältnisse der jeweiligen Formate zueinander sowie die Perspektiven der Zeitschriften, auf diese Entwicklungen zu reagieren, als wichtige Punkte einer lebendigen Diskussion benannt, welche die Frage nach einer gegenwärtigen Krise der Zeitschriften aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten und Ausblicke auf künftige Optionen von Zeitschriften erörtern konnte.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Frank Rexroth, Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte, Georg-August-Universität Göttingen

Teilnehmer:innen:

Rudolf Stichweh (Bonn); Martin Rethmeier (München); Jan-Hendryk de Boer (Duisburg-Essen); Barbara Stollberg-Rilinger (Berlin); Julia Hillner (Bonn)

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Wissenschaftliche Zeitschriften in der Krise?, 05.10.2021 – 08.10.2021 hybrid (München), in: H-Soz-Kult, 11.12.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9224.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) HT 2021: Was treibt die Geschichte im 20. Jahrhundert? Kausalität und Kontingenz in jüngeren Forschungsdebatten

hybrid (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Roman Birke, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Debatten über die Ursachen historischen Wandels und die Aufgabe der Geschichte als Wissenschaft sind nicht neu. Wie der Verweis der Sektionsleiterinnen SONJA LEVSEN (Freiburg) und FRANKA MAUBACH (Jena) auf das Debattenforum der *American Historical Review* aus dem Jahr 2015 zeigt, sind sie natürlich auch nicht auf den deutschsprachigen Raum begrenzt. Dennoch traf das Panel einen Nerv in der aktuellen deutschen Historiographie, das zeigte alleine die Teilnehmerzahl, die konstant bei etwa 250 lag. Dass eine Fachsektion ein solch bemerkenswertes Interesse erzeugt, kann nicht zuletzt durch die Zuspitzung mancher deutscher Debatten in den vergangenen Jahren erklärt werden. Jüngste Kontroversen über die Bedeutung der Hohenzollern für die Etablierung des Nationalsozialismus, die Geschichte der Demokratie in Deutschland oder die neuerliche Debatte über die Beziehung zwischen Kolonialismus und NS-Verbrechen verweisen trotz einer weitgehenden Abkehr von historischer Ursachenforschung auf Fragen nach kausalen Zusammenhängen. Dieses neue Interesse verknüpft sich mit älteren, aber immer wieder aufkommenden Debatten über die Schuld am Ersten Weltkrieg (zuletzt 2014 wieder prominent), über die Rolle der Weimarer Republik oder den deutschen „Sonderweg“.

Diese Diskussionen finden an der Schnittstelle von Historiographie und Gegenwartspolitik statt. Sie berühren Erinnerungspolitik, Restitutionspolitik, den gegenwärtigen Umgang mit deutscher Gewalt- und Vernichtungsgeschichte oder die Rolle des deutschen

Nationalstaates im Europa der Gegenwart. Insofern war auch die Frage der Sektionsleiterinnen ganz plausibel, was die Debatten über die Ursachen der Geschichte eigentlich treibt, ob es binnenwissenschaftliche Positionierungen der Historiker oder deren gesellschaftspolitische Positionen sind. Einen Anspruch auf Beantwortung dieser Frage oder eine Intervention in die aktuellen historiographischen Debatten hatte die Sektion nicht. Vielmehr zielte sie darauf, theoretische Fragen nach Kausalität und Kontingenz anhand von Inputs über konkrete historiographische Forschungsfelder zu Demokratie (Ute Daniel (Braunschweig)), Weimar (Benjamin Ziemann (Sheffield)), Terrorismus (Petra Terhoeven (Göttingen)) und einem Blick auf implizite und explizite Kausalitätsannahmen in der Zeitgeschichte (Martin H. Geyer (München)) zu behandeln.

Einleitend stellten Maubach und Levsen selbst vier zentrale Thesen zur Diskussion. So sei es erstens zwar zu einer programmatischen Abgrenzung von Ursachenforschung gekommen, die empirische Arbeit von Historiker unterstelle jedoch allein aufgrund der Anordnung von Ereignissen im Zeitablauf weiterhin Kausalzusammenhänge. Zweitens schlugen die Sektionsleiterinnen vor, dass Forschungsarbeiten trotz der Offenheit von Geschichte eine Hierarchisierung der oft vielfältigen Ursachen wagen sollten. Drittens könnten Perspektivenwechsel und eine Veränderung von eingeschliffenen Zäsuren zu neuen Kausalitätsannahmen führen. Und viertens forderten Maubach und Levsen eine Diskussion über die Folgen des transnationalen Turns für die Kausalannahmen der Historiographie. Die komplexen Zusammenhänge und großen Quellenkorpora transnationaler Historiographie hätten dazu geführt, kurze Untersuchungszeiträume und die *agency* einzelner Akteure gegenüber dem Fokus auf Veränderungen in einer langen Zeitperspektive zu privilegieren.

Die daran anschließenden Fachvorträge eröffnete UTE DANIEL mit einem Beitrag über Demokratiegeschichte. Daniel argumentierte, dass synchrone Erklärungen die Demokratiegeschichte in den vergangenen zwei Jahrzehnten prägten. An die Stelle von Narrativen über die lange Geschichte einer demokratischen Gegenwart wurde in der Forschung die jeweilige zeitliche und regionale Kontextgebundenheit des Demokratiebegriffs in den Vordergrund gestellt. Demokratie konnte etwa die breite Teilnahme an Unabhängigkeitskriegen (Spanien), die Befreiung von Diktatur und Besatzung (Niederlande), oder Reformen und parlamentarische Monarchie (Dänemark) bedeuten. Diese Beispiele dienten Daniel zur Illustration eines methodischen Problems der Geschichtswissenschaft. Sie argumentierte, dass Demokratie sowohl synchron als auch diachron erklärungsbedürftig und erklärungsfähig sei. Beide Ebenen seien aber nur schwer miteinander in Beziehung zu setzen, da die Suche nach einer Vorgeschichte demokratischer Gegenwart im Widerspruch dazu stünde, wie sich die jeweiligen Zeitgenossen deren Zukunft (unsere Gegenwart) vorstellten und welche Bedeutungswandel der Begriff von Demokratie selbst durchlief. Daniel argumentierte, dass synchrone und diachrone Zugänge im Widerspruch zueinander stünden, und forderte den Beginn einer Unterhaltung über die Unschärferelationen der Disziplin.

BENJAMIN ZIEMANN fokussierte in seinem Beitrag die Weimarforschung und setzte sich am Beispiel des Januar 1933 konzeptionell mit dem Begriff des Zufalls auseinander. Angesichts jüngerer Forschungsergebnisse – wie etwa über die Rolle Hugenberg – argumentierte Ziemann, dass es zwar Zufälle gegeben habe, daraus aber nicht gefolgert werden kann, Hitler sei aus Zufall Reichskanzler geworden. Vielmehr kenne die Forschung über das Ende der Weimarer Republik fast zu viele Ursachen für die Machtübernahme Hitlers. Im Anschluss wandte sich Ziemann der Ursachenforschung in Bezug auf die Sonderwegthese zu. Er zeigte anhand agrarischer prä-faschistischer Mobilisierungen und

der Formierung der völkischen Ideologie, dass lange Kausalitätslinien keine adäquaten Erklärungsansätze bieten können. Aufbauend auf diesen Beispielen definierte Ziemann kontingente Ereignisse schließlich als nicht unausweichliche, aber dennoch potentiell vorhandene und „schließlich ergriffene und vollzogene Möglichkeiten“. Zusätzlich stellte Ziemann eine Verschiebung in der Forschung zur Weimarer Republik fest: weg von langfristig-strukturellen Kausalfaktoren, hin zu einer Kombination von kurzfristigen Entscheidungsdynamiken und Faktoren der Weimarer Politik selbst.

PETRA TERHOEVEN argumentierte, dass das Feld historischer Terrorismusforschung gut geeignet sei, um Fragen nach Kausalität und Kontingenz zu stellen. Der Charakter des Terrorismus als nicht vorhersehbares Ereignis lasse Gesellschaften und unmittelbar Betroffene mit der Frage nach dem Warum zurück. Die historische Forschung zu Terrorismus habe diese oft eindimensionale Ursachensuche zwar verkompliziert, sich aber der Frage nach dem Warum nicht entzogen. Mit Blick auf die Forschung zu Terrorismus seit den 1970er-Jahren verstand Terhoeven Terrorismus als „Eskalationsprodukt“ eines vielfältigen Systems wechselseitiger Reize und Reaktionen auf einer Makro- (Gesellschaft/Kultur), Meso- (Organisationen/Netzwerke) und Mikroebene (Individuen). Aufgrund dieses Kommunikationssystems und der Subjektivität beteiligter Akteure sei Kontingenz integraler Bestandteil dieses Forschungsfeldes. Um sich Fragen nach den Ursachen des Terrorismus anzunähern, argumentierte Terhoeven für einen Fokus auf persönliche Erfahrungen, habituelle Faktoren und emotionale Regime auf individueller Ebene. Durch den kommunikationstheoretischen Ansatz der jüngeren Forschung kämen neben Ursachen auch Folgen von terroristischen Handlungen in den Blick, etwa jene für Gesellschaften, aber auch für die Opfer der Gewalt und deren Hinterbliebene.

Anschließend an die jeweils spezifischen Kausalitätsannahmen in den benannten Forschungsfeldern von Demokratie, Weimar und Terrorismus stellte MARTIN H. GEYER einige allgemeine Überlegungen über die Zeitgeschichtsforschung an. In zeitgeschichtlichen Arbeiten habe es noch nie so viele Bezüge auf die Gegenwart gegeben wie heute (etwa Frank Böschs *Zeitenwende 1979*, Philipp Sarasins *1977* oder Andreas Rödders *21.0*). Die in diesen und anderen Untersuchungen der neueren Zeitgeschichte oft festgestellte „Kontingenz der Moderne“ trage eine ganze Reihe von impliziten Annahmen über Kausalität und historische Zusammenhänge in sich. Besonders bemerkenswert fand Geyer, dass sich zentrale Annahmen über die Bedeutung der „Schlüsseljahre“ der 1970er-Jahre als Anfänge der Gegenwart in der deutschen Historiographie verfestigt hätten, 1989/90 hingegen nicht zum Fluchtpunkt historischer Narrationen wurde. Geyer bemerkte, dass das Festlegen bestimmter Zäsuren in der Zeitgeschichte weitreichende Aussagen über Kausalität impliziere und die gegenwärtige Betonung der 1970er-Jahre zwar in vielerlei Hinsicht überzeugend sei, mit Blick auf Annahmen über Ursachen aber wohl zu eindeutig ausfiele. Schließlich betonte Geyer, dass man auch diskutieren müsse, welche Auswirkungen die Sozialwissenschaften mit der Prägung von Begriffen (Singularitäten, „post-“, Neoliberalismus, Postkolonialismus, etc.) auf historische Kausalannahmen und gängige Interpretationen des 20. Jahrhunderts hatten und ob sich die Geschichtswissenschaft zu sehr von diesen Begriffen habe leiten lassen.

Die im Anschluss an die Vorträge geführte Debatte verwies auf einige weiterführende Fragestellungen. Maubach stellte einleitend die Frage, ob sich ein Rückzug aus kausalem Erklären wirklich erkennen lasse. Daniel sah keine Abkehr von der Lust am Erklären, sondern stellte fest, dass die Art der Erklärung anders geworden sei: Statt großer Narrative suche man Ursachen auf synchroner Ebene, wobei die darin steckenden Kausalitätsannahmen expliziter gemacht werden müssten. Terhoeven stimmte zu und

ergänzte, dass der Trend weg von Kausalitätsannahmen sich für die deutsche Geschichte verbiete, auch weil Brüche, besonders der Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus, erklärungsbedürftig blieben. CHRISTINA VON HODENBERG (London) fragte nach dem methodischen Verhältnis zu den empirischen Sozialwissenschaften. Im Gegensatz zu deren komplexen Regressionsanalysen gebe es in historischen Publikationen immer weniger grafische Darstellungen. Studierende würden kaum dazu ausgebildet, sozialwissenschaftliche Methoden zu verstehen, zu rezipieren oder auch mit den Daten der empirischen Sozialwissenschaften weiterzuarbeiten. Geyer stimmte zu und verwies besonders auf die Volkswirtschaften oder die populären Bücher von Yuval Noah Harari, in denen ein Anspruch auf Kausalität in sehr langen Zeitdauern formuliert werde. Solche quantifizierenden Forschungen würden auf die Historiographie zukommen, während die Geschichtswissenschaft weiterhin die „Wie“-Fragen stärker in den Blick nehmen solle. CLAUDIA GATZKA (Freiburg) argumentierte, dass sich die Kulturgeschichte keinen großen Gefallen damit getan habe, „Wie“-Fragen von „Warum“-Fragen abzugrenzen, da auch in ersteren Kausalitätsannahmen enthalten seien. Obwohl eine Abgrenzung von Teleologien berechtigt gewesen sei, sollte die Frage nach Kausalität nicht abgeschmettert werden. Gatzka fragte, ob Kausalität und Kontingenz wirklich in Opposition zueinander stünden, und wie sich die Konzepte von Korrelation und Koinzidenz dazu verhielten. Levsen antwortete, dass die beiden Begriffe nicht als Gegensatzpaar, sondern als eng miteinander verflochten zu verstehen seien. Maubach ergänzte, dass das Begriffspaar die dominante Debatte aufgreifen sollte, in denen diese Begriffe programmatisch gegeneinander gestellt werden. Die Diskussion über die empirischen Forschungsfelder zeige aber, dass sich dieser klare Gegensatz nicht aufrechterhalten ließe. Terhoeven argumentierte, dass die Begriffe von Koinzidenz und Korrelation produktiv gemacht werden könnten, da sie auf transnationale Verflechtungen zielten. Auf eine im Chat gestellte Frage, ob es mehr Sinn mache, von Handlungsspielräumen statt von Kontingenz zu sprechen, antwortete Daniel, dass die Begriffe Handlungsmöglichkeiten oder *agency* nur andere Bezeichnungen von Kontingenz seien. Der Zufall sollte hingegen aus dem Vokabular gestrichen werden, denn Kontingenz unterstelle im Gegensatz zum Zufallsbegriff einen Zusammenhang. JOHANNA MEYERLENZ (HAMBURG) widersprach Daniel, da historische Gruppen mit Ereignissen konfrontiert werden können, die aus deren Sicht Zufälle sind. Man müsse deshalb überlegen, wie man den Kontingenzbegriff hin zu Multidimensionalität öffnen könne. Sie verwies etwa auf Ansätze des symbolischen Interaktionismus in der Soziologie, der das Fach aus einer Engführung von Kausalität herausbringen könne. Geyer verwies daran anschließend auf historische Bücher (etwa Dirk Moses' *Problems of Genocide*), die Zäsuren hinterfragen und ein Phänomen – etwa Gewalt – synchron zusammendenken. Ziemann rief dazu auf, die Kritik an Meisternarrativen und Kausalannahmen auseinanderzuhalten. An den Meisternarrativen seien weniger die Kausalannahmen problematisch, sondern dass Narrative auf häufig groteske Art und Weise schief waren (etwa das Narrativ der „Tragödie“ für den Nationalsozialismus).

Abschließend bedankte sich Levsen für die intensive und spannende Diskussion, die gezeigt habe, wie sich das Nachdenken über Kausalannahmen für eine Geschichte des 20. Jahrhunderts vollziehen kann. Einen Konsens stellte sie darüber fest, dass Kontingenz und Kausalität nicht im Gegensatz zueinander verstanden werden sollen. Maubach bedankte sich ebenfalls bei Vortragenden und Zuhörenden. Die Diskussion habe auch die Frage unterstrichen, wie man Komplexität in der Geschichte darstellen und an eine zunehmend polarisierte Öffentlichkeit vermitteln kann.

Das Panel hat wichtige Zugänge eröffnet, auch weil es die theoretischen Debatten an empirisch konkrete Forschungsfelder gebunden hat ohne sich zu sehr von aktuellen

Kontroversen vereinnahmen zu lassen. Die anfänglich überzeugend formulierten Thesen der Sektionsleiterinnen eignen sich gleichsam zu weiterführenden Diskussion auch in diesen umkämpften Feldern. Insgesamt hat das Panel trotz seiner Ergebnisoffenheit die Geschichtswissenschaft überzeugend dazu aufgefordert, das Verhältnis zwischen empirischen Befunden und Erklärungsanspruch genauer zu bestimmen und Kausalitätsannahmen in Forschungsarbeiten expliziter zu machen. Weiterführende Gespräche könnten dabei die Anregungen aus der Diskussion aufgreifen, sowohl die Begriffe von Kausalität und Kontingenz zu schärfen, als auch multidisziplinäre Perspektiven stärker in den Blick zu nehmen. Denn komplementäre und konkurrierende Kausalitätsansprüche kommen nicht nur aus den Sozialwissenschaften, sondern werden seit mehreren Jahren implizit und explizit etwa auch von den digitalen Geisteswissenschaften formuliert.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Sonja Levsen (Freiburg), Franka Maubach (Jena)

Ute Daniel (Braunschweig): Das schwierige Verhältnis von Kontingenz und diachroner Erklärung: Demokratiegeschichte als Beispiel

Benjamin Ziemann (Sheffield): War der 30. Januar 1933 ein Zufall?

Petra Terhoeven (Göttingen): Reiz – Reaktion? Über Zufall, Eigendynamik und hinreichende Gründe in der historischen Terrorismusforschung

Martin H. Geyer (München): Über das „Warum“ und das „Wie“ in historischen Beschreibungen der Gegenwart – Zeitreise in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Was treibt die Geschichte im 20. Jahrhundert? Kausalität und Kontingenz in jüngeren Forschungsdebatten, 05.10.2021 – 08.10.2021 hybrid (München), in: H-Soz-Kult, 11.12.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9215. Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) HT 2021: Das umstrittene Wir: Auf der Suche nach neuen Wegen zur historischen Erforschung von Kollektiven

hybrid (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslxxlehrer Deutschlands (VGD)

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Harry Enns, Geschichte, Universität Bielefeld

Die deutsche Historiographie des 19. Jahrhunderts, so die in der Geschichtswissenschaft heute weit verbreitete Auffassung, war eine dem Nationalstaat bzw. der Nation verpflichtete

– und bei diesem Befund handelt es sich nicht um eine neutrale Feststellung, sondern um eine Problemanalyse. Was und wer ist eigentlich gemeint, wenn man von „den Deutschen“ spricht? Daran schließt sich die grundsätzliche Frage an, wie Kollektive überhaupt – sowohl in der Gegenwart als auch der Vergangenheit – konstruiert werden können und dürfen: Ist es legitim, von „den Römern“ und „den Germanen“ (oder welcher Gruppe auch immer) zu sprechen? Mit welchen Kategorien und Kriterien darf man Kollektive konstruieren? Für die kritische Geschichtsschreibung stellt sich die praktische Frage, wie sie kollektive Subjekte zu denken, konstruieren, historisieren und zu (be-)schreiben hat. Dieser Denkaufgabe hat sich die Sektion „Das umstrittene Wir“ gewidmet.

In ihrer Einführung wies LISA REGAZZONI (Bielefeld) auf eine zweifache Falle hin, der die Geschichtswissenschaft in ihrem Schreiben über Kollektive auszuweichen habe: Einerseits sei da der „sprachphilosophische Nominalismus“, der Kollektivnamen nur als zu dekonstruierende Sprachkonventionen begreife; andererseits dürfe man auch nicht einem „naiven Realismus“ verfallen, der Kollektividentitäten essentialistisch als real existierende Größen begreife. Ersterer mache die Geschichtsschreibung zu einem rein negativen Unterfangen, in dem es nur um die Analyse von Imaginierungsprozessen und Dekonstruktion gehe, während letzterer heutzutage vor allem von populistischen und rechtsextremen Bewegungen beansprucht werde, die auch das Potenzial zur Gewalt in sich trügen.

Strömungen wie der Postkolonialismus und auch die Kritik an Nationalnarrativen machten es notwendig, das Schreiben über Kollektive neu zu (über-)denken. Wenn historisches Denken aus der gesellschaftspolitischen Situation der Gegenwart Fragen an die Vergangenheit stelle, so Regazzoni, müsse die Geschichtswissenschaft sowohl identitären Geschichtsbildern als auch dem Anstieg neuer historische Kontinuität beanspruchende Kollektive kritisch gegenüberstehen – historisches Denken und Schreiben über Kollektive sei etwas, für das Historiker Verantwortung übernehmen müssten (wer kommt zur Sprache, wessen Geschichte wird erzählt?). Dass aus dem Moralempfinden der Gegenwart heraus an den Anfang von (National-)Geschichten oftmals ein undifferenziertes „Wir“ rücke, wodurch die Vergangenheit zu einer politisch motivierten Projektionsfläche eines abstrakten Universalismus werde, zeigte Regazzoni u.a. an Patrick Boucheron, der seine „Histoire mondiale de la France“ mit dem Cro-Magnon-Menschen beginne.

Der kategoriale Versuch, den exkludierenden Begriff der Kollektividentität zunächst durch dessen Pluralisierung, dann durch Konzepte wie „Hybridität“ oder „Zugehörigkeit“ bzw. „belonging“ zu überwinden, könne nur dann gelingen, wenn diese theoretisch-methodisch fundiert würden und nicht lediglich als Platzhalter für „Identität“ dienten. Lisa Regazzoni endete mit der Feststellung, dass Geschichtswissenschaft nicht neben den gesellschaftlichen (Identitäts-)Diskursen existiere, sondern gesellschaftspolitisch und auch ethisch an der Selbstvergewisserung der Gegenwart und auch der Zukunftsorientierung mitwirke. Gerade deshalb sei es für Historiker wichtig, die Frage nach Identifikationskriterien und Fremdheitsmarkern zu stellen, die ja die Darstellung eines Kollektivs als Subjekt einer Geschichte bedingten.

Ergänzt wurde der von Lisa Regazzoni betonte ethisch-politische Aspekt durch das von ARNDT BRENDECKE (München) formulierte „zeichentheoretische Problem“, dem sich das Schreiben, Reden und Erzählen von Kollektividentitäten nicht entziehen könne. Der Grund dafür liege in dem Gebrauch von Sprache: Personalpronomen bezeichneten Individuen und Gruppen, die durch Adjektive qualifiziert und unterschieden werden könnten; durch die Erzählung kämen Zeitsequenzen dazu, die eine Transformation alles Bedeutsamen mit sich

brächten, wodurch eine Spannung zwischen stabilen Bezeichnern und sich verändernden Bezeichneten entstehe. Festgelegte Bezeichner und Identitäten würden einem Fixierungsbedürfnis entsprechen, das dem Wandel etwas Festes entgegensetze.

Im Falle von Individuen diene der Name als ein solcher Fixpunkt. Natürlich würde die entsprechende Person aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und wahrgenommen werden – der Bezeichner für das, was für alle Beteiligten unterschiedlich sei, bleibe jedoch gleich. Für Brendecke ist ein Name – die Setzung *eines* fixen Bezeichners – der Preis, der für die Aufrechterhaltung von Sinn im Vergänglichen zu zahlen sei. Das gelte auch für kollektive Identitäten: Geschichte als sich sprachlich ausdrückende Vergangenheitswissenschaft könne sich diesem Geschäft nicht entziehen; als Nutzerin von Bezeichnern könnte die Geschichtswissenschaft gar nicht anders, als (Kollektiv-)Identitäten zu konstruieren. Brendeckes Anliegen war es, zu diskutieren, wie dieses Tun schärfer beobachtbar und damit stärker kontrollierbar werden könne. Abschließend räumte Brendecke ein, dass er sich auch als Frühneuzeithistoriker diesen Fragen nicht entziehen könne; denn auch wenn sein Forschungsgegenstand bereits politisch abgeklungen sei, so bleibe die Vormoderne doch der Ankergrund vieler (problematischer, weil wenig ambiguitätstoleranter und eurozentristischer) Anfangserzählungen, die immer noch wirkmächtig seien.

Anders als seine beiden Vorredner näherte sich VALENTIN GROEBNER (Luzern) dem Problem nicht politisch-ethisch oder (zeichen-)theoretisch, sondern historisch-genealogisch. Aufgrund der Beschaffenheit des Gegenstandes der Geistesgeschichte arbeite diese nicht mit der Kategorie der Identität, referierte Groebner den romanischen Philologen Erich Auerbach. Identität entstamme nämlich der Disziplin der Logik aus dem 12. Jahrhundert und bedeute die vollständige Übereinstimmung zweier Größen. Seine moderne Bedeutung habe dem Begriff der Sozialpsychologie Erik Erikson verliehen, der Identität als subjektive Selbstdefinition und individuelle Weiterentwicklung definierte, womit diese zu einer Formel für die eigene Herkunft, zu einer Kampressource und einem Versprechen auf Teilhabe geworden sei. In den 1970er-Jahren wurde der Begriff von links, in den 1990er-Jahren dann von rechts besetzt.

So sei Identität eines dieser Wörter, die sich von einem praktischen Alleswerkzeug in ein Problem verwandelt hätten; auf der einen Seite könne es die gesamte zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts beschreiben, auf der anderen Seite zerfalle es bei der (heutigen) Anwendung in sich widersprechende Einzelteile. Identität sei unscharfes Wir-Sagen sowie ein Einteilungssystem: Große Dinge forderten nicht ein „Ich“, sondern ein „Wir“, womit zugleich Zugehörigkeit und Besonderheit versprochen werde; die Macht dieses Wir beruhe darauf, dass die meisten (mit-)gemeinten vorher nicht gefragt würden.

Die Konstante eines Kollektivs, so folgerte Groebner mit dem Ethnologen Frederick Barth, bestehe in dessen Abgrenzungsarbeit. Der Aushandlungsprozess dieser Abgrenzung verändere sich ständig, sie selbst aber bleibe: „Wir“ formuliere immer auch einen gemeinsamen Feind, es sei Kränkergemeinschaft und Selbstverbesserungsprojekt. Identitätspolitik sei deshalb auch immer das, was ja die Anderen betrieben, während man selbst die Dinge einfach nur so benenne, wie sie sind. Historisch gesehen funktioniere Identität aber so.

Was aber, so schien PHILIPP THER (Wien) in seinem Beitrag zu fragen, wenn man das kollektive Wir nicht historisch, sondern soziologisch denkt? Ther schlug das Forschungsdesign des polnischen Soziologen Stanisław Ossowski als wegweisend vor, der eine Mischung aus beobachtender Feldforschung und sozialwissenschaftlichen Interviews

betrieb, die sowohl die Biographien als auch die Sitten und Gebräuche der Interviewten berücksichtigten. Ossowski verstehe „Wir und die anderen“ gerade nicht binär, sondern unterschied verschiedene Zuwanderergruppen (in seinem Forschungsfeld Schlesien), sodass ein sich dynamisch veränderndes Kollektivkonglomerat entstehe – von oben anordnen könne man eine gemeinsame Identität nicht. Historiker täten gut daran, soziologische Arbeiten (wie z.B. die von Ossowski) nicht zu ignorieren. Soziologen wie Roger Brubaker würden Kollektive als das Ergebnis diskursiver Prozesse begreifen; mit Lutz Niethammer stellte sich Ther jedoch gegen den Begriff der Identität.

Für Ther ist die Verwendung des Identitätsbegriffs problematisch, suggeriere ja bereits der Wortsinn ein identisch sein. Stattdessen biete sich die aktive Variante der Identifikation an, die eine aktive Annäherung an ein Objekt beinhalte, jedoch nicht eine Einheit mit diesem voraussetze (hier liege schließlich auch der Unterschied zwischen Assimilation und Integration). Ein zentrales Problem der Integrationsforschung, so Ther, liege in deren Fixierung auf Diskursen, also auf dem Gesagten, denn Menschen äußerten sich oft widersprüchlich. Die Bekundungen vieler Deutscher, dass Integration sehr wichtig sei, gehe oftmals mit einem nicht entsprechenden Handeln einher (man bemühe sich nicht aktiv um eine gelingende Integration), während Menschen mit Migrationshintergrund sich teilweise skeptisch gegenüber der gesellschaftlichen Integration äußerten, diese jedoch mit ihrem Handeln (Häuserbau, eine bessere Zukunft für die Kinder) angingen.

Einen wichtigen Orientierungspunkt für die weitere Forschung biete die Soziologie Georg Simmels, vor allem deren scharfer Blick auf asymmetrische Machtverhältnisse. Auch wenn Menschen manchmal – oftmals unter Druck und Zwang – kollektiv handeln und somit scheinbar dasselbe tun würden, betonte Ther doch das individuelle Handeln sowie die damit einhergehende individuellen Erfahrungen des Einzelnen. Auch wenn es beispielsweise „die Flüchtlinge“ als rechtlich-politisches Konstrukt gäbe, würden doch alle Flüchtlinge – die sich selbst nur selten als Wir-Gruppe begreifen würden – ihre ganz eigenen Erfahrungen machen und handelten individuell. Makroprozesse wie massenhafte Flucht durch individuelle Erfahrungen aufzubrechen, sei die Forschungs- und Schreibstrategie, der sich Ther verschrieben habe.

Ganz im Sinne der Aufklärung, so referierte LEVKE HARDERS (Innsbruck) im Anschluss den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, seien Diskussionen über Rassismus und Kolonialismus keine identitätspolitischen Nebenschauplätze, sondern humanistisch-universalistische Fragen, die uns alle betreffen. Mit dem Verweis auf Martina Kessel machte Harders jedoch darauf aufmerksam, dass das Denken der Aufklärung Identitäten immer binär und als ungleich konzipiert und dadurch Ungleichheiten produziert habe, die immer noch Institutionen, Handlungsstrukturen und Denkmuster prägten. Harders warf die Frage auf, wie man nun Akteure und Kollektive untersuchen könne, ohne diese Ungleichheiten zu reproduzieren.

Denn zu oft passiere es, dass der Forschungsgegenstand (Strukturen, Diskurse, Subjekte, Gruppen) eben nicht als gemachte Konstruktion wahrgenommen werde. In ihrer eigenen Forschung nutzt die Migrationshistorikern Harders das Konzept der Zugehörigkeit („belonging“), das im Gegensatz zur Identität die Situiertheit, Pluralität und Veränderbarkeit von Zugehörigkeiten in den Fokus rücke. Für Harders ist „belonging“ immer auch „doing belonging“. Zugehörigkeit werde nämlich dynamisch-prozessual hergestellt und sei damit veränderbar. In der historischen Analyse könnten so unterschiedliche Zugehörigkeiten untersucht werden, wobei auch unterschiedliche soziale Positionierungen berücksichtigt würden, was den pluralen Charakter von Zugehörigkeit(en) deutlich mache.

Auch wenn Zugehörigkeit für die Geschichtswissenschaft noch methodisch-theoretisch fundiert werden müsse, handele es sich bei dieser um ein nützliches Instrument, um Zugehörigkeiten zu untersuchen, ohne dabei nationale oder ethnische Identitäten vorauszusetzen. Wichtig ist Harders, Zugehörigkeit nicht als Platzhalter für Identität (oder andere exkludierende Vereinnahmungen) einzusetzen. Auch dürften historisch gewachsene Differenzierungen nicht vernachlässigt werden, weshalb Harders „belonging“ mit einem intersektionalen Ansatz kombiniert. Auf diese Weise ließen sich historische Individuen und Kollektive untersuchen und beschreiben, ohne gemachte Identitäten zu reifizieren.

In der anschließenden ca. 50-minütigen Diskussion wurden die unterschiedlichen vorgetragenen Positionen weiter vertieft. So wurde beispielsweise die Frage diskutiert, ob eine Wir-Formation notwendigerweise ein Feindbild entwerfen müsse, oder ob es möglich sei, Kollektive auch ohne Abgrenzung zu formieren; würden Gruppen mit einem Anspruch auf politische Teilhabe auftreten (bei der es um Zugang zu Ressourcen gehe, die den Mitgliedern gewisser Gruppen zugesprochen würden, anderen hingegen versagt blieben), sei das jedoch, so schienen sich die Redner einig, utopisch. Dass Appelle an ein Wir oftmals selbst mit Utopien arbeiteten, wurde an anderer Stelle deutlich; gerade nach gesellschaftlich-traumatischen Ereignissen sei es wichtig, ein gemeinsames (utopisches) Projekt zu beschwören. Gemeinsame Erfahrungen als gemeinsamer Nenner für Kollektivbildungen wurden ebenfalls angesprochen; auf diese aufbauend könne man über Kollektive schreiben, ohne nur im negativ-dekonstruierenden Modus zu bleiben – nur: könne man das umsetzen, ohne in Stereotype zu verfallen?

Betitelt war die Sektion als „Suche nach neuen Wegen zur historischen Erforschung von Kollektiven“ und als genau das erwies sie sich auch. Am Ende standen keine endgültigen Antworten, sondern unterschiedliche Perspektiven, die das Potenzial haben, zukünftige Forschung zu bereichern.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Arndt Brendecke (München) / Lisa Regazzoni (Bielefeld)

Valentin Groebner (Luzern): Zehn Minuten Identität. Wie funktionieren historische „Wir“-Erzählungen?

Levke Harders (Innsbruck): Zugehörigkeit als Kategorie historischer Analyse. Exklusionen und Inklusionen in der (Migrations-)Geschichte

Philipp Ther (Wien): Kollektive Zuschreibungen und individuelle Erfahrungen. Zum Verhältnis von Makro- und Mikrozugängen in der Geschichtswissenschaft

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Das umstrittene Wir: Auf der Suche nach neuen Wegen zur historischen Erforschung von Kollektiven, 05.10.2021 – 08.10.2021 hybrid (München), in: H-Soz-Kult, 04.12.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9181.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) HT 2021: Deutungskämpfe um die Rus': Erinnerungsorte der Frühen Neuzeit

hybrid (München)

Veranstalter

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

05.10.2021 - 08.10.2021

Von

Angela Rustemeyer, Abteilung „Geschichte und Kulturen Osteuropas“, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Die neuen Nationalismen im östlichen Osteuropa berufen sich gerne auf Ereignisse und Entwicklungen in Spätmittelalter und Früher Neuzeit. Diese werden auch explizit für die Rechtfertigung hegemonialer Bestrebungen in Dienst genommen, wie SANDRA DAHLKE (Moskau) in ihrer Einführung feststellte. Schon deshalb, wäre hinzuzufügen, kann sich die westliche historische Forschung zu Russland, der Ukraine und Belarus' ihre derzeitige Vernachlässigung dieser Jahrhunderte nicht leisten. Darüber hinaus war die Frühe Neuzeit selbst höchst produktiv in der Erfindung, Symbolisierung und Medialisierung konfligierender nationaler Traditionen.

Diese Sektion suchte "Erinnerungsorte" auf, die sich im 16. und vor allem im 17. Jahrhundert etablierten und an denen sich, so Dahlke, eine "neue ethnokulturelle Gruppenmythologie" der Bewohner der nordöstlichen und der südwestlichen Rus' manifestierte. Als damit eng verknüpfte Entwicklungen identifizierten alle Referenten einen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sowohl in den Ländern der Kirchenunion von 1596 als auch in denen der Orthodoxie spürbaren Rückgang kirchlicher Dominanz sowie den Rückgang dynastischer Orientierungen. In den "Gruppenmythen" manifestierte sich eine Etappe in der Entwicklung zu primär nichtreligiös definierten modernen Nationen. Diese Mythen waren jedoch gebunden an die komplexen politischen Verhältnisse ihrer Entstehungszeit und die partikularen Interessen ihrer zeitgenössischen Multiplikatoren. Ihre Analyse in diesem Kontext lässt die Legitimation von Macht- und Gebietsansprüchen im 20. und 21. Jahrhundert aus vermeintlichen Identitäten frühneuzeitlicher Akteure abwegig erscheinen.

Das zeigte NATALIJA SINKEVYCH (München/ Kyiv) anhand konkurrierender Narrative über die Taufe der Rus', welche das einmalige Ereignis der Taufe des Großfürsten Vladimir/Volodymyr in eine Abfolge von bis zu fünf Phasen zerlegten. Diese Entwicklung des Narrativs nahm ihren Ausgang in einer katholischen Darstellung, welche die Ursprünge des Christentums in der Rus' in eine vom Schisma noch unberührte Zeit vorverlegte. Die wechselseitige Rezeption katholischer und orthodoxer Autoren führte, so die Referentin, Mitte des 17. Jahrhunderts zu einer Version, in der die Taufe der Rus' bereits vom Apostel Andreas vorangetrieben wurde – eine Idee, die im 16. Jahrhundert in der Nordost-Rus' entstanden sei. Die Anfänge der Taufe in der Zeit der Apostel hätten deren Schauplatz Kyiv zum zweiten Jerusalem aufgewertet. Außerdem wurden die Slavenapostel Kyrill und Method in das Narrativ integriert, was ihm, so die Referentin, einen frühen panslavischen Charakter gab. In weiteren Versionen prominenter orthodoxer Autoren in Kyiv wurde allerdings sorgfältig darauf geachtet, dass die Auffächerung des Taufereignisses in einen mehrschrittigen Prozess die Autorität des Heiligen Vladimir als Vollzieher des entscheidenden letzten Schritts nicht untergrub. Vladimir stand für die Taufe der "ganzen

Rus" einschließlich des Nordostens. Seiner Taufe wurde mit dem Territorium der Boris- und Gleb-Kirche auch ein physischer "Erinnerungsort" in Kyïv zugeschrieben.

Die Kyïver Kirchenleute des 17. Jahrhunderts, die das Narrativ von der Taufe der Rus' fortschrieben, hatten, so Sinkevych, an den Kosaken als neuen Identitätsträgern kein Interesse, zumal sie in einem gespannten Verhältnis zur Kosakenelite standen. Im Moskauer Zaren sahen sie den Nachfolger des Heiligen Vladimir. Ihre Position unterschied sich gleichwohl deutlich von der späteren russländischen imperialen Vereinnahmung des Narrativs: Ihr Anliegen war es, Kyïv als zentralen Ort der Slavica orthodoxa und der Slavica unita auszuweisen, und darin entsprach ihre Sicht der ukrainischen nationalen Perspektive.

Schilderte Sinkevych einen fortgesetzten Deutungskampf, so erweckte PETR STEFANOVIČs (Moskau) reich illustrierter Vortrag den Eindruck eines bereits entschiedenen. Mit schriftlichen und bildlichen Quellen belegte der Referent die Etablierung Moskaus als russischer (hier mit zwei "s") "Erinnerungsort" der moskovitischen Rus'. Entstanden in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts mit der Attribuierung von Heiligkeit an die Stadt wie auch an die dort herrschende Dynastie, habe der Kult Moskaus im 17. Jahrhundert säkulare Züge angenommen. Das "Stufenbuch der zarischen Abstammung" erwähne die Gründung der Stadt, wobei die Tradierung einer von ihrer religiösen Bedeutung unabhängigen Gründungsgeschichte für Stefanovič entscheidend dazu beiträgt, Moskau als "Erinnerungsort" zu qualifizieren. Die zunächst noch religiös geprägte "Emblematisierung" der Stadt als Grundlegung ihres in späteren Jahrhunderten durchgängigen nationalen Kultstatus schloss nach der Zeit der Wirren die neue Dynastie der Romanov ein. Die Wiedereinsetzung der tradierten Ordnung nach den Wirren integrierte, so der Referent, Zar und Untertanen, für deren gemeinsame Geschichte Moskau nunmehr stehen sollte. Das Bildprogramm einer von 1671 datierenden Schilderung der Krönung des ersten Romanov-Zaren emanzipierte dann diese gemeinsame Geschichte von der Heilsgeschichte, indem es die Darstellung profaner Bauten in Moskau sowie des Staatswappens einschloss. Um zu zeigen, dass nicht nur die Elite Moskau als Fixpunkt protonationaler Identität wahrnahm, führte Stefanovič Belege aus der folkloristischen Dichtung an. Im Unterschied zum russischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts sei diese Identität jedoch auf die Orthodoxie als einzige wahre Religion sowie die Untertänigkeit gegenüber dem Herrscher orientiert geblieben und noch nicht als ethnisch begründete Gemeinschaft gedacht worden. Dass ein derart starker Topos auch kontrovers war, liegt nahe, wenngleich dies im hier gesteckten Rahmen nicht näher ausgeführt wurde.

LUDWIG STEINDORFFs (Kiel) Vortrag stellte wiederum direkt Deutungskämpfe in den Vordergrund. Steindorff untersuchte das wachsende Gewicht des Moskauer Reiches in drei aufeinanderfolgenden Auflagen der "Sinopsis" (1674, 1678 und 1681). Der Referent betrachtete die "Sinopsis" als einen doppelt, nämlich zum einen ukrainisch-national, zum anderen russisch-imperial angeeigneten "Erinnerungsort". Die Vereinnahmung für das Imperium erfolgte, so Steindorff, noch einmal ostentativ in einer Moskauer Ausgabe von 2006, während, so ließe sich ergänzen, die "Encyclopedia of Ukraine" das Werk als "erstes Handbuch der ukrainischen Geschichte" erwähnt. [\[1\]](#)

Die "Sinopsis" wurde wohl vom Archimandriten des Kyïver Höhlenklosters zwecks Sicherung der Position des Klosters nach der Unterstellung des Hetmanats unter das Protektorat Moskaus 1654 verfasst. Bereits ihre erste gedruckte Fassung unterstreiche, so der Referent, dass nunmehr die Erhabenheit Kyïvs, wie sie zu Zeiten des Heiligen Vladimir bestand, wiederhergestellt sei. Zugleich liege jedoch der Schwerpunkt dieser ersten Auflage klar auf der Schilderung einer kontinuierlichen Geschichte Rutheniens von der Zeit der Kyïver Rus' bis in die Gegenwart des Autors. In den beiden späteren Auflagen greife

hingegen die Geschichte der Nordostrus' bzw. des Moskauer Reiches zunehmend Raum. So bestehe die dritte Auflage zu einem Fünftel aus der nunmehr integrierten Erzählung vom Sieg des Moskauer Großfürsten Dmitrij gegen die Tataren 1380. Steindorff vermutete, dass mit dieser Integration der Geschichte der nordöstlichen Rus'/des Moskauer Reiches in das Werk letztlich ein Autonomieanspruch verfochten werden sollte: Es lag im Interesse des Archimandriten des Kyïver Höhlenklosters, zu demonstrieren, dass die Loyalität gegenüber dem Zaren der von Moskauer Seite betriebenen Unterstellung der Kyïver Metropole unter das Moskauer Patriarchat gar nicht bedürfe.

Die "Sinopsis" lässt, wie Steindorff hervorhob, den Kosakenaufstand von 1648 und die Gründung des Kosakenhetmanats in der Zeitgeschichte ihrer Entstehungsepoche unerwähnt. Wie ANDREJ DORONIN (Moskau) anmerkte, hatte das Werk mithin eine neue Entwicklung nicht aufgenommen, die hingegen in den Kosakenchroniken als einem anderen Grundpfeiler der ukrainischen Historiographie zum Durchbruch kam, nämlich die für die Frühneuzeit kennzeichnende Hinwendung zu partikularen nationalen Mythen.

Diese grundlegende Entwicklung beschrieb Doronin in seinem Vortrag. Ausgangspunkt seiner Überlegungen waren die in der Frühen Neuzeit rückläufige Verbindlichkeit universalistischer Quellen der Identitätsbildung, insbesondere der Bibel, sowie die Beanspruchung des antiken Erbes für die eigene "Nation" durch die italienischen Humanisten. Diese ging mit der "Delegitimierung" der "barbarischen" Anderen einher, was bei den so Abqualifizierten Bedarf nach eigenen nationalen Identitäten mit eigener Geschichte bis zurück zu den Ursprüngen schuf. Diese Entwicklung war, wie Doronin zeigt, nicht auf West- und Mittel- bzw. Ostmitteleuropa begrenzt: Mit autochthonen Ursprungslegenden gaben sich vor allem im 17. Jahrhundert auch die Ostslaven in der nordöstlichen und der südwestlichen Rus' zeitgemäße historische Identitäten. Die orthodoxe Kirche und die Dynastie der Rjurikiden waren im Spätmittelalter noch für die einen wie die anderen identitätsbildend gewesen. Reformation und Kirchenunion in Polen-Litauen sowie das Aussterben der Dynastie im Moskauer Reich erforderten jedoch seit dem 16. Jahrhundert eine Neuorientierung. Dabei verbreitete sich im orthodoxen Adel Litauens analog zum Mythos von der sarmatischen Abstammung, der für die polnischen Standesgenossen zur dominierenden Referenz wurde, die Vorstellung von einer gentilen Identität mit den Roxolanen, die als Verwandte der Sarmaten galten. Die Dnipro-Kosaken fanden ihren autochthonen Ursprung bei den Chasaren und damit unabhängig von Polen-Litauen wie auch vom Moskauer Reich. Im Moskauer Reich wiederum verbreitete sich in den 1630er- und 1640er-Jahren eine Legende, welche die Moskauer "Rus'en" auf ein seit Anbeginn der Welt existierendes Volk zurückführt. Nachfrage nach einer solchen Legende ergab sich, so Doronin, aus dem Staatszusammenbruch in der Zeit der Wirren: Infolge dieser Erfahrung wurde nach einer noch unbekannteren vorstaatlichen Vergangenheit in der Zeit vor der Kyïver Rus' gesucht. Mit einer Legende über die Skythen als Ahnen der Moskauer Rus' wurde eine "moskaurussische Antike" unabhängig von Bibel und römischem Altertum geschaffen. Die biblische Legitimation blieb dennoch über einen in der Bibel erwähnten Urahn der Skythen als Option erhalten. Eine weitere Option war, wie auch bei den von Sinkevych untersuchten Versionen der Taufe der Rus', die panslavische: Vermittelt durch ukrainische Kirchenintellektuelle, wurde in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im Moskauer Reich die Figur des Moscus als mythischer Urahn der Moskowiter rezipiert. Moscus war zunächst in polnischen Quellen aufgetreten, in denen ihm noch Sarmat als Urahn der Ruthenen und anderer slavischer Völker gegenüberstand. Die oben erörterte „Sinopsis“ erklärte Moscus dann zum Urahn des gesamten "slovenischen" (slavischen) Volkes. Allerdings, so Doronin, favorisierten die ukrainischen Geistlichen letztlich doch die

Version der Ursprungslegende mit unterschiedlichen Urvätern der Moskowiter und der Ruthenen, um ihren Autonomieanspruch in der zunehmend verstaatlichten und von imperialen Interessen der Zaren dominierten orthodoxen Kirche zu behaupten.

Doronin bestätigte mithin ebenso wie Sinkevych und Steindorff das große Gewicht ukrainischer Kirchenintellektueller und ihrer kirchenpolitischen Interessen für den protonationalen Diskurs in der südwestlichen wie der nordöstlichen Rus'. Dabei griffen diese kirchlichen Akteure in bemerkenswertem Maße nichtreligiöse Narrative auf und tradierten sie.

Die in dieser Sektion vorgestellten Studien entstammten einem viel versprechenden gemeinsamen Forschungsprojekt, das am DHI Moskau angesiedelt ist. In den präsentierten Fassungen setzten die Referenten jedoch unterschiedliche Schwerpunkte. Der augenfälligste war die Diversität der Mythen, wobei mit Gewinn auch solche analysiert wurden, die sich nicht durchsetzten. Der Vortrag über Moskau wiederum fokussierte die „erfolgreichen“ Komponenten eines protonationalen Topos und ging dabei bereits weiter in der Untersuchung seiner (trans)medialen Vermittlung.

In der Diskussion wurde eine Zusammenführung von Theorien des *nation building* und des "Erinnerungsorts" als Leitidee der Studien empfohlen. Dabei könnte auch noch genauer gefragt werden, welchen Mehrwert die in dem Begriff indizierte Räumlichkeit diesen Untersuchungen bringt. Von großem Interesse wäre es, wenn die Anreicherung der Narrative über differente Ursprünge z.B. um zivilisatorische Bewertungen untersucht und so der Kernzeitraum der Studien im 16. und 17. Jahrhundert noch stärker an weitere Etappen der Nationsbildung angebunden würde.

Sektionsübersicht:

Sandra Dahlke (Moskau): Sektionsleitung

Natalija A. Sinkevych (München): Die Taufe der Rus' als umstrittener ostslawischer Erinnerungsort

Petr S. Stefanovich (Moskau): „Moskau“ als Topos gemeinsamer Erinnerung

Ludwig Steindorff (Kiel): Das Geschichtsbuch „Sinopsis“ von 1674 und 1681 – ein gemeinsamer Erinnerungsort im russischen und ukrainischen Geschichtsbewusstsein

Andrej V. Doronin (Moskau): Die Rus' der Frühmoderne auf der Suche nach ihren „Urvätern“

Anmerkung:

[1] Gizel, Innokentii, in: Roman Senkus u.a. (Hrsg.), Internet Encyclopedia of Ukraine, <http://www.encyclopediaofukraine.com/display.asp?linkpath=pages%5CG%5CI%5CGizellnnokentii.htm> (30.10.2021).

Zitation

Tagungsbericht: HT 2021: Deutungskämpfe um die Rus': Erinnerungsorte der Frühen Neuzeit, 05.10.2021 – 08.10.2021 hybrid (München), in: H-Soz-Kult, 11.12.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9203.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

**06) Die Schlacht am Weißen Berg als Weichenstellung für Zentraleuropa.
Akteure – Ereignisse Entscheidungen – Folgen**

hybrid (Wien)

Veranstalter

Petr Maťa / Katrin Keller, Institut für die Geschichte der Habsburgermonarchie und des Balkanraumes, Österreichische Akademie der Wissenschaften; Thomas Winkelbauer, Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Universität Wien

20.09.2021 - 22.09.2021

Von

Josef Löffler, Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Universität Wien

Die Schlacht am Weißen Berg am 8. November 1620 gilt als eine der bedeutenden Zäsuren der zentraleuropäischen Geschichte. Die fundamentalen politischen und kulturellen Folgen des Sieges der katholischen Seite, insbesondere die Rekatholisierung der böhmischen und österreichischen Länder, prägten die Habsburgermonarchie dauerhaft. Bedeutend ist auch die unterschiedlich ausgeprägte geschichtspolitische Inanspruchnahme der Schlacht. Im kollektiven Gedächtnis der Tschechen nimmt die Niederlage der Ständeopposition seit dem 19. Jahrhundert als nationale Demütigung und als Beginn einer repressiven Fremdherrschaft eine zentrale Position ein. Ziel der Tagung war es, den Zäsurcharakter des Ereignisses und die politischen, religiösen, sozialen und kulturellen Auswirkungen in kritischer Auseinandersetzung mit den etablierten Geschichtsnarrativen zu diskutieren. Ursprünglich zum vierhundertsten Jahrestag des Ereignisses im November 2020 geplant, konnte die Veranstaltung nach zweimaliger pandemiebedingter Verschiebung im September 2021 endlich stattfinden.

Die Tagung wurde von PETR MAŤA (Wien) als einem der Tagungsorganisatoren mit einer Einführung zu den Geschichtsbildern zur Schlacht und deren Wandel eröffnet. Darauf aufbauend skizzierte er das primäre Ziel der Tagung, die Diskussion des Zäsurcharakters der Ereigniskette bis hin zur Schlacht und deren Folgen, wobei der in der Forschung dominierende Fokus auf Böhmen aufgebrochen und überregionale Auswirkungen im Mittelpunkt stehen sollten.

Die erste Sektion richtete den Blick auf zwei konträre Perspektiven westeuropäischer Territorien. NICOLETTE MOUT (Leiden) beschäftigte sich mit der ambivalenten Politik der Vereinigten Niederlande gegenüber der böhmischen Erhebung, die von der komplexen politischen Struktur der Republik und der Machtbalance zwischen dem Statthalter Moritz von Oranien und den zurückhaltend agierenden Generalständen geprägt war. Zentral für alle Überlegungen zur Unterstützung der Konföderierten war in den Vereinigten Niederlanden der drohende Ausbruch eines erneuten Krieges mit Spanien, demgegenüber spielte der konfessionelle Aspekt keine handlungsleitende Rolle.

LUC DUERLOO (Antwerpen) schilderte in seinem Referat, wie Erzherzog Albrecht als Regent der Spanischen Niederlande immer mehr in den Konflikt involviert wurde. Wichtig für den politischen Diskurs in den Spanischen Niederlanden war die konstruierte Parallelität zwischen der Entwicklung in Zentraleuropa und jener im eigenen Herrschaftskomplex. Ein bedeutender Teil des Referats widmete sich der militärischen Unterstützung für die katholische Seite. Die Bedingungen für Truppenwerbungen in den Spanischen Nieder-

landen waren insofern günstig, als sich das Gebiet seit Jahrzehnten im Kriegszustand befand und mit Ausnahme Ungarns nirgendwo das Potential für die Anwerbung von Soldaten so groß war.

Die zweite Sektion, die der Schlacht als Ereignis gewidmet war, eröffnete PETER WILSON (Oxford) mit einem Vortrag über die militärischen Aspekte. Ausgehend von grundsätzlichen Überlegungen, warum sich die Konfliktparteien für eine militärische Auseinandersetzung entschieden, bot Wilson zunächst einen kurzen Rundblick auf die militärischen Entscheidungsträger auf beiden Seiten. Verschiedene Einzelentscheidungen und eine Kombination von politischen und militärischen Fehlern führten letztlich zu einer militärischen Dynamik, die den eindeutigen Ausgang der Schlacht zur Folge hatte und für die mittel- und längerfristigen Auswirkungen entscheidend war.

SABINE MIESGANG (Wien) näherte sich in ihrem Beitrag dem Ereignis aus einer mediengeschichtlichen Perspektive, konkret zielte sie auf die Wahrnehmung der Schlacht und die divergierenden Bedeutungszuschreibungen in der konfliktbegleitenden Druckpublizistik ab. In dieser wurde nicht ein abgeschlossenes Ereignis geschildert, vielmehr galt die Aufmerksamkeit den Vorgängen davor und danach, insbesondere der Kapitulation Prags. Miesgang dekonstruierte auch das Bild des Domenicus a Jesu Maria, dessen charismatisches Auftreten als Feldgeistlicher aus katholischer Sicht entscheidend für den Schlachtausgang gewesen sein soll. Tatsächlich wird er in zeitgenössischen Quellen kaum erwähnt, die hagiografisch überformte Bedeutung für den Ausgang der Schlacht erhielt er erst durch die Popularisierung im Kontext der karmelitischen Frömmigkeit in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

ROBERT EVANS (Oxford) referierte in seinem als breiter Überblick angelegten Abendvortrag über den Wandel der historiografischen Deutung des Zäsurcharakters der Schlacht am Weißen Berg und die damit verbundenen Narrative. Bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts dominierte eine habsburgerfreundliche Darstellung, erst durch die Umwälzungen Mitte des Jahrhunderts wurde die Schlacht in der tschechischen Geschichtsschreibung unter nationalistischem Vorzeichen zu einem tragischen Wendepunkt der tschechischen Geschichte und die Konsenskultur der protestantischen Stände erfuhr zunehmende Beachtung. Interessanterweise fand das ständische Projekt einer Konföderation der böhmischen, österreichischen und ungarischen Länder in der Historiografie hingegen nur wenig Beachtung. Während die Brüche in den Jahren 1918 und 1945 in der tschechischen Geschichtsschreibung in einen engen Bezug zur Schlacht am Weißen Berg gesetzt wurden und diese mit den politischen Veränderungen auch grundlegende neue Deutungen erfuhr, gilt die Schlacht gegenwärtig – im Unterschied zu manchen anderen zentraleuropäischen Erinnerungsorten – als weitgehend entmythologisiert.

Die dritte Sektion beschäftigte sich mit der machtpolitischen Wende durch die Schlacht am Weißen Berg. CHRISTOPH KAMPMANN (Marburg) untersuchte in seinem Vortrag die Vorgänge aus der Perspektive des Scheiterns, das er als öffentlichen Verlust der Reputation definierte. In der Publizistik nach der Schlacht war das Scheitern ein zentrales Argument, das vor allem mit der Person des „Winterkönigs“ in Verbindung gebracht wurde, weshalb sich die Publizistik ausführlich mit dessen „Plan“, der zum Scheitern führte, beschäftigte. Als Symbol dieses Scheiterns diente der Verlust des Hosenbandordens. Auf der anderen Seite wurde Scheitern auch als unbedingt zu vermeidende Gefahr aufgefasst, was Kampmann am Beispiel zweier politischer Handlungen des Kaisers exemplifizierte. So wurden sowohl

die Achterklärung des pfälzischen Kurfürsten als auch die Kurtranslation an Bayern so lange geheim gehalten, bis die Durchsetzungsfähigkeit gegeben und damit die Gefahr des Scheiterns gebannt war.

RUBÉN GONZÁLEZ CUERVA (Madrid) sprach in seinem Beitrag über die Perspektive der spanischen Monarchie auf die Auseinandersetzungen in Zentraleuropa. Die Entscheidungsfindung in Madrid war einerseits von einer Kombination aus dynastischen und konfessionellen Interessen, andererseits von der Staatsräson und von strategischen Überlegungen hinsichtlich des Ressourceneinsatzes im spanischen Großreich geleitet. Der Fokus des Vortrages lag auf der Rolle des mit einer starken Machtposition ausgestatteten spanischen Botschafters am Wiener Hof, des Grafen von Oñate, und auf den von diesen vermittelten Finanzhilfen.

Ausgehend von einem am Beginn stehenden Editionsprojekt zu den Nuntiaturberichten Carlo Caraffas als „dem letzten großen Akteur der kurialen Politik“ skizzierten TOMÁŠ ČERNUŠÁK (Brno) und TOMÁŠ PARMA (Olomouc) die Position der päpstlichen Diplomatie nach der Schlacht am Weißen Berg. In den Instruktionen für Caraffa und für den außerordentlichen Nuntius Fabrizio Verospi wird die Schlacht als eine göttliche Fügung infolge des Niedergangs des Glaubens und des Autoritätsverlustes des Papstes im Heiligen Römischen Reich und in Böhmen interpretiert. Das Bemühen der päpstlichen Diplomatie galt besonders der Kurtranslation an Bayern, die von Spanien konterkariert wurde und die aus Sicht der Kurie wegen der auch in anderen Kontexten bemängelten Inkonsequenz des Kaisers zu scheitern drohte.

GÉZA PÁLFFY (Budapest) ging in seinem Vortrag der Frage nach, ob die Schlacht am Weißen Berg in den Ländern der Stephanskronen als Zäsur zu interpretieren ist. Wichtiger war für die ungarische Geschichte der Ungarnfeldzug Gábor Bethlens 1620/21, der dem Punkt, an dem er eine Zäsur hätte werden können, sehr nahekam, aber diesen letztlich nicht erreichte. Die Schlacht am Weißen Berg selbst war für die Geschichte Ungarns, für das Verhältnis Ungarns zur Dynastie und auch für die historische Erinnerung kein wesentlicher Wendepunkt. Als langfristige Auswirkungen der Ereignisse um 1620 nannte Pálffy die Vergrößerung des außenpolitischen Spielraums Siebenbürgens und die Zugeständnisse des Königs an die ungarischen Stände, die im Sinne einer „Weichenzurückstellung“ als Katalysator wirkten.

Sektion IV rückte den strukturellen Bruch und dessen ideenpolitische Zusammenhänge in den Mittelpunkt des Interesses. RUDOLF LEEB (Wien) widmete sich in seinem Vortrag der Herrscherideologie Ferdinands II., wobei er Herrscherideologie als ein System von politischen Ideen und religiösen Wertvorstellungen einschließlich ihrer öffentlichen Repräsentation definierte. Das Sendungsbewusstsein des Kaisers als einer der zentralen Faktoren dürfte in der persönlichen Religiosität Ferdinands II. begründet gewesen sein, die wohl in enger Verbindung mit einem intensiven Gebetserlebnis in der Santa Casa in Loreto stand. Es war deshalb die persönliche Frömmigkeit, die aus Sicht Ferdinands II. den Herrscher verpflichtete und ihm den göttlichen Beistand sicherte und nicht die traditionelle Vorstellung des Gottesgnadentums.

JOSEF LÖFFLER (Wien) befasste sich in seinem Vortrag mit der Enteignung des aufständischen Adels in Niederösterreich. Nach einem Überblick über die Durchführung der Konfiskationen in der Praxis skizzierte er den Umfang der Konfiskationen, die wegen der hohen Verschuldung der Güter und wegen des Preisverfalls aufgrund des großen Angebots weniger Geld einbrachten als vom Fiskus erwartet. Die Auswirkungen der Konfiskations-

welle waren in Niederösterreich weniger fundamental als in den böhmischen Ländern. Während dem Vorgehen Ferdinands II. in Böhmen und Mähren die „Verwirkungstheorie“ zu Grunde lag, weil der König das Land mit Waffengewalt von den rebellierenden Ständen zurückerobert hatte, blieb die Verfassung in Niederösterreich formalrechtlich unangetastet, weshalb die Sanktionen auch nur den radikalen Flügel der Ständeopposition betrafen.

ALEXANDER SCHUNKA (Berlin) untersuchte die Emigration aus den habsburgischen Ländern, die meist in Zielgebiete in den Grenzregionen mit etablierten grenzüberschreitenden Beziehungen stattfand. Er schilderte dabei Migration als einen vielschichten Prozess, der vielfach auch als zirkuläre Mobilität zu verstehen ist. Wichtig für die Ansiedlung und die Sinnstiftung im Ankunfts-kontext war die Zuerkennung des „Labels“ als Exulant, das den Migranten eine besondere Agency auswies. Im Gegensatz zu den Hugenotten, die Schunka mehrfach als Vergleich heranzog, waren die Diasporastrukturen der böhmischen Migranten von viel geringerer Dichte. Die eher lose Diaspora wurde vor allem von einigen geografischen und personellen Knotenpunkten sowie durch die Zusammengehörigkeit über die Schicksalsgemeinschaft der Exulanten zusammengehalten.

JIŘÍ HRBEK (Praha) widmete sich der Rechtstheorie der Verneuertem Landesordnung. Begründet wurde die Verfassungsänderung, die das Gleichgewicht in Richtung Landesfürst verschob, mit der Verwirkungstheorie, weil sich das Königreich „in forma universitatis“ der Rebellion schuldig gemacht habe. Trotz der Stärkung der Rolle des Königs handelte es sich laut Hrbek aber bis in thesesianische Zeit nicht um ein zentralistisches System, weil eine jährliche Austarierung bei den Kontributionsverhandlungen am Landtag stattfand. Hinsichtlich der politischen Theorie konnte Hrbek keine eindeutigen terminologischen Verweise auf zeitgenössische Denker festmachen, bei einigen Passagen lasse sich allerdings Jean Bodin als Inspirator erahnen.

Die abschließende Sektion widmete sich der Aushandlung neuer Machtverhältnisse in den Ländern und im städtischen Bereich. PETR MAŤA (Wien) widerlegte in seinem Beitrag die erstmals bei Christian d'Elvert auftauchende und später in der verwaltungshistorischen Literatur allgemein übernommene Behauptung, dass die Böhmisches Hofkanzlei im Jahr 1624 nach Wien verlegt worden sei. Tatsächlich hatte die Kanzlei bis zur Übersiedlung Rudolfs II. nach Prag immer zwei Standorte, nämlich am jeweiligen Hof und in der Prager Burg. Dass sich unter Rudolf II. „beide Teile“ der Kanzlei durchgehend am gleichen Ort befanden, war eigentlich eine Besonderheit, die später als Normalfall interpretiert wurde. Maťa konstatierte zwar in den 1620er-Jahren eine grundlegende Auseinanderentwicklung der Böhmisches Kanzlei in zwei Behörden, die zueinander in einem hierarchischen Verhältnis standen (die Hofkanzlei in Wien und die Statthaltereikanzlei in Prag), die allerdings nicht auf eine vermeintliche Verlegung im Jahr 1624 zurückzuführen sei.

JIŘÍ DAVID (Brno) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit der Neukonstituierung der mährischen Stände nach 1620, die vor allem von einem breiten Elitenwechsel unter der Dominanz des Kardinals Franz von Dietrichstein geprägt war. Die Landesverwaltung wurde zunächst provisorisch weitergeführt, erst im Jahr 1624 als dem Wendejahr in der Erneuerung stabilisierte sich die Situation. Die Postenbesetzung gestaltete sich allerdings schwierig, weil nicht ausreichend kompetente Personen unter den Katholiken vorhanden waren, sodass entweder auf Landfremde oder auf Landleute ohne einschlägige Kenntnisse zurückgegriffen werden musste, teilweise war es auch notwendig, akatholische, aber erfahrene Personen weiter zu verwenden. Als Ziel der landesfürstlichen Politik identifizierte David letztlich nicht die Ausschaltung der Ständeorgane, sondern deren Neuordnung.

VANJA KOČEVAR (Ljubljana) nahm in seinem Vortrag die Machtverhältnisse nach der Schlacht am Weißen Berg im Herzogtum Krain anhand von vier Aspekten in den Blick. In politischer Hinsicht waren die Ausweisung der Protestanten und der Elitenaustausch durch das Nachrücken von Zuwanderern in die Landstände von zentraler Bedeutung. Aus konfessioneller Perspektive war die Gründung des Jesuitengymnasiums als Erziehungsanstalt für den Nachwuchs der Konvertiten der wichtigste Faktor. Finanziell zeigten sich die veränderten Machtverhältnisse in Verfahrensänderungen am Landtag und in der erzwungenen Übernahme von Hof- und Kriegsschulden. Und schließlich identifizierte Kočevár auch rituelle Neuerungen, die unter anderem im Zeremoniell der Erbhuldigungen zum Vorschein traten.

JOSEF HRDLIČKA (České Budějovice) beschäftigte sich im abschließenden Referat der Tagung mit der Durchsetzung der Gegenreformation in Böhmen und Mähren im ersten Jahrzehnt nach der Schlacht am Weißen Berg mit einem Fokus auf den Städten. Er relativierte dabei die in der Historiografie verbreitete Idealisierung der konfessionellen Toleranz vor 1620, indem er auf verschiedene bereits zuvor bestehende Gewaltszenarien hinwies. Gerade am Beginn wurde die Gegenreformation nicht ausschließlich von Katholiken exekutiert, so waren protestantische Stadträte und grundherrschaftliche Beamte sowohl Objekte als auch Subjekte der Rekatholisierung. Auch nach dem Einsetzen der umfassenden Gegenreformation im Jahr 1624 wurden grosso modo Methoden eingesetzt, die es auch vorher schon gab, allerdings zielten diese vorher eher auf einzelne Individuen ab, während jetzt die gesamte Bevölkerung betroffen war.

Resümierend lässt sich festhalten, dass die Beiträge der Tagung, entsprechend dem Charakter des habsburgischen Herrschaftskonglomerats als Composite Monarchy, eine breite Vielfalt an differenzierten räumlichen Perspektiven boten. Tendenziell nahm der Zäsurcharakter der Schlacht mit der geografischen Entfernung und der politischen Verbindung eines Landes zum Geschehen in Böhmen ab. Die Tagung machte außerdem vor allem im Hinblick auf die böhmischen Länder deutlich, wie ergiebig es sein kann, bisher weniger berücksichtigte Aspekte in den Blick zu nehmen und neue Fragestellungen an ein von nationalen Geschichtsbildern überwölbtes Thema heranzutragen.

Konferenzübersicht:

I. Der Weg auf den Weißen Berg: die Konfrontation aus protestantisch-ständischer und katholisch-dynastischer Perspektive

Nicolette Mout (Leiden): Politik, Religion und Exil: die Republik der Vereinigten Provinzen und die Schlacht am Weißen Berg

Luc Duerloo (Antwerpen): The Discrete Ally: Archduke Albert and the Battle of the White Mountain

II. Das Ereignis

Peter Wilson (Oxford): The Battle of White Mountain as a Military Event

Sabine Miesgang (Graz): Die Schlacht am Weißen Berg in der konfliktbegleitenden Druckpublizistik

Robert J. W. Evans (Oxford): 1620 als Zäsur? Der Weiße Berg in der Historiographie (Abendvortrag)

III. Eine machtpolitische Wende in Zentraleuropa

Christoph Kampmann (Marburg): Scheitern als Argument und als Gefahr. Propaganda und kaiserliche Reichspolitik im Böhmisches-Pfälzischen Krieg

Rubén González Cuerva (Madrid): La Montaña Blanca: A Secondary Memory Space for the Spanish Monarchy

Tomáš Černušák (Brno) / Tomáš Parma (Olomouc): Die Schlacht am Weißen Berg als Schlüsselmoment in der Interpretation der päpstlichen Diplomatie nach 1621. Prolegomena zur Edition der Nuntiaturberichte Carlo Caraffas

Geza Pálffy (Budapest): Zäsur oder Katalysator? Die Schlacht am Weißen Berg und die Länder der Stephanskronen

IV. Der strukturelle Bruch in der Habsburgermonarchie und seine ideenpolitischen Zusammenhänge

Rudolf Leeb (Wien): Die Herrscherideologie Ferdinands II.

Josef Löffler (Wien): Die Enteignung des aufständischen Adels in Niederösterreich

Alexander Schunka (Berlin): Emigration aus den Habsburgerländern nach der Schlacht am Weißen Berg

Jiří Hrbek (Praha): Die Verneuerte Landesordnung im Kontext der frühneuzeitlichen politischen Theorie

V. Ende – Neubeginn – Kontinuität. Die Aushandlung neuer Machtverhältnisse in den Ländern und im städtischen Bereich

Petr Mat'a (Wien): Übersiedlung der Böhmisches Kanzlei von Prag nach Wien 1624? Brüche und Kontinuitäten zwischen Dichtung und Wahrheit

Jiří David (Brno): Neuer Wein in alten Schläuchen? Die Neukonstituierung der Stände in Mähren in den 1620er Jahren

Vanja Kočever (Ljubljana): Die Krainer in böhmischen Stiefeln? Ständisch-landesfürstliche Machtverhältnisse im Herzogtum Krain nach der Schlacht am Weißen Berg

Josef Hrdlička (České Budějovice): Anfang oder Kontinuität in neuen Verhältnissen? Die Durchsetzung der Gegenreformation in Böhmen und Mähren nach 1620

Zitation

Tagungsbericht: Die Schlacht am Weißen Berg als Weichenstellung für Zentraleuropa. Akteure – Ereignisse Entscheidungen – Folgen, 20.09.2021 – 22.09.2021 hybrid (Wien), in: H-Soz-Kult, 07.12.2021, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9194.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.